

Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckanschrift: Tageblatt Riesa.

Central Nr. 20.

Das Riesaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postleitzettel: Dresden 1530
Glocke Riesa Nr. 52.

Nr. 31.

Freitag, 6. Februar 1925, abends.

78. Jährg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorabzahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder für die Summe des Abzuges sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Scheinen in bestimmten Tagen und Blättern wird nicht übernommen. Grundpreis für Gewöhnlicher Verkauf entfällt, wenn der Beitrag versäumt, durch Abzug eingezogen werden muss oder der Auftraggeber in Kontrolle gerät. Zahlung und Bezahlungsort: Riesa. Schriftliche Unterhaltungsbeilege keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 39. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Reichsfinanzcerize nach West- und Süddeutschland.

Berlin, 6. Februar. Reichskanzler Dr. Luther sieht im Begriff, dem Rheinland und den süddeutschen Landesregierungen einen Besuch abzustatten, dem, wie man hört, wesentlich mehr Bedeutung autonomie dürfte, als den üblichen offiziellen Höflichkeitsbesuchen, die gerade im heutigen bewegten Augenblick mehr als überflüssig erscheinen würden. Am Montag wird Dr. Luther in Köln eine große, hochpolitische Reise halten, die sich mit der Räumungsfrage und dem Sicherheitsproblem befassen wird. Bemerkenswert ist dabei die Tatsache, dass der Kanzler zum ersten Mal wieder die Gelegenheit wahrnehmen wird, in seiner Eigenschaft als Leiter der Reichsregierung vor der Bevölkerung der besetzten Gebiete zu sprechen. Dr. Marx, der zwar mehrmals im besetzten Gebiet gesprochen hat, war immer genötigt, als Führer des Zentrums, nicht als Reichskanzler aufzutreten. Nun haben sich aber die Verhältnisse in den besetzten Gebieten seit der Durchführung der Londoner Abmachungen wesentlich geändert, sodass jetzt die Mitglieder der Reichsregierung ungehindert in ihrer amtlichen Eigenschaft auftreten können. Wie wir hören, besteht die besondere Bedeutung der angekündigten Kanzlerrede in Köln darin, dass die deutsche Regierung nochmals mit allem Nachdruck vor aller Welt betonen will, welch schweren Rückschlag es darstellt, wenn neue Monate nach der Londoner Konferenz die Frage der Räumung der nördlichen Rheinlandzone noch vollständig ungelöst ist.

Der Kanzler wird aus diesem Anlass die alliierten Regierungen daran erinnern, dass der Befehl immer näher herankrässt, bis zu welchem auch die Räumung des Ruhrgebietes in Aussicht gestellt worden ist. Wenn daher vor dem Konsilium in der Entwurfsfrage der Wunsch ausgedrückt worden war, dass eine Zusammenlegung der Räumung des Ruhrgebietes mit der der nördl. Rheinlandzonen erfolgen müsse, so sei es jetzt die höchste Zeit, dass man mit der Lösung des Räumungsproblems beginnt. Bei der Erörterung der Sicherheitsfrage steht das Rheinland wieder einmal im Vordergrund. Nach den Darlegungen der englischen Regierungspresse hat es sogar den Anschein, als bestreite unter den alliierten Regierungen völlige Einigkeit darüber, dass die rheinische Zone in erster Linie dazu beziehen sei, die Aufrechterhaltung des Friedens zu garantieren. Schon aus dem Zusammenhang dieser entscheidungsschweren Fragen geht hervor, aus welchen Gründen es der Kanzler für angebracht hielt, gerade jetzt in Köln über die Außenpolitik zu sprechen.

Im Vergleich zu der Wichtigkeit des Kanzlerbesuches in Köln ist die verhältnismäßig nüddische Reise trotz ihres ausgeschriebenen politischen Charakters von wesentlich geringerer Bedeutung. Die bevorstehende Führungnahme mit den süddeutschen Landesregierungen ergibt sich zwar aus dem noch ungelösten Problem der Regelung der Beziehungen zwischen Reich und Ländern, aber diese Fragen sind weniger dringlich, weil sie nicht über Ante gebrochen zu werden brauchen. Die Verhandlungen auf der Berliner Finanzministerkonferenz der Länder haben gezeigt, wie groß die Gemeinsäße noch sind, die zwischen Reich und Ländern bestehen. Man hat sogar den Eindruck, dass die alte Konfliktstellung bis jetzt noch nicht so weit überwunden werden konnte, dass man von einer freundlicheren Atmosphäre sprechen könnte. Die politische Einstellung der neuen Reichsregierung hat zwar gerade in Süddeutschland großes Vertrauen hervorgerufen, aber es erscheint doch notwendiger, denn je, dass der Kanzler sich die größte Mühe gibt, dieses Vertrauen auch zu festigen. Aus diesem Grunde wird Dr. Luther die Gelegenheit seines Besuchs in den süddeutschen Hauptstädten dazu benutzen, um mit den Ministerpräsidenten Wittelsbach und Bayerns Befreiungen einzuleiten, die den Aufstieg zu einer sich langsam anbahnen den Räumungsberührungen werden, weil auf beiden Seiten die Notwendigkeit anerkannt wird, den gerechtsameitigen Wünschen gegenseitig Rechnung zu tragen.

Nach dem Verzicht Brauns.

Berlin, 6. Februar. Das Schreiben der Gemüthungen des Ministerpräsidenten Braun, eine arbeitsfähige Regierung in Preußen aufzustellen, hat dann geführt, dass die bisherigen Regierungsparteien einer völlig unabsehbaren gewordenen Situation gegenüberstehen. Wie wir hören, sind jetzt alle weiteren Entscheidungen auf Sonnabend verzögert. Der in Berlin weilende Kandidat des Zentrums, Landeshauptmann Dr. Lorion, hat sich noch nicht entscheiden können, ob er bereit sein wird, einem Ruf als preußischer Ministerpräsident folgen zu lassen. Die Rechtsparteien stehen Gewehr bei Fuß, während im Zentrum augenscheinlich sehr lebhaft darum gekämpft wird, ob es angeht, der gegenwärtigen Lage nicht zweckmäßiger erscheinen würde, den Versuch der Bildung einer rechtsbürglichen Regierung in Preußen zu riskieren.

Der Kleinstenrat des Preußischen Landtags beschloss am Donnerstag, dass die Wahl des Ministerpräsidenten am Dienstag, den 10. Februar auf die Tagesordnung der Plenarsitzung gesetzt werden soll. Darauf soll schließlich die Wahl des Landespräsidenten erfolgen. Die Tage vom 11. bis 17. Februar sollen plenarsitzungsfrei bleiben. Das Plenum soll dann wieder vom 18. bis 21. Februar, um eventuell, falls das Kabinett fertiggestellt ist, die Regierungserklärung entgegenzunehmen und eine Aussprache darüber anzuschließen. Dann soll wieder vom 22. Februar bis 1. März plenarsitzungsfrei bleiben. Am morgigen Freitag soll, wie bereits gemeldet, Schwerinstag sein. Außerdem liegen eine Reihe kleinere Gegenstände auf der Tagesordnung.

Die Fraktionsführer zur Lage.

W Berlin. Nach Schluss der Plenarsitzung des Landtags traten gestern die Fraktionsführer des Zentrums, der Demokraten und der Sozialdemokraten zu einer interparlamentären Besprechung zusammen, in der die durch den Rücktritt Brauns von der Ministerpräsidentschaft entstandene Partei angehörenden Kandidaten für die am Dienstag vorzunehmende Wahl zu stellen. Am Sonnabend wollen die genannten Fraktionen zu einer neuen interparlamentären Besprechung zusammenkommen. In dieser Besprechung wird das Zentrum seinen Kandidaten präsentieren, und dieser wird sein Programm entwickeln, damit die Parteien die Weimarer Koalition sofort dazu Stellung nehmen können.

Die Denkschrift über die Aufwertung.

Der Aufwertungsausschuss des Reichstages hat in seiner gestrigen Sitzung beschlossen, die im Reichsfinanzministerium verfaßte Denkschrift über die Aufwertung, die bisher als vertraulich betrachtet war, freizugeben. Die Denkschrift, die 54 Drucksachen umfasst, gibt einen außerordentlich interessanten Überblick über die ganze Aufwertungsfrage. Der Zweck der Vorlage ist, für die Behandlung des Aufwertungsproblems eine Grundlage zu schaffen. Die Denkschrift gibt in ihrem Hauptteil eine genaue Darlegung der Entwicklung der Aufwertungsfrage in Deutschland seit dem Beginn des Weltkrieges. Sie behandelt im ersten Abschnitt die Umstellung des Geldwerts beim Beginn des Weltkrieges, im zweiten den Währungsverfall, im dritten wird die Behandlung der Aufwertungsfrage durch die dritte Steuernotverordnung dargestellt. Der vierte Abschnitt entält die Änderungsvorschläge zur dritten Steuernotverordnung.

In einem Anhang wird das Aufwertungsproblem in seiner geschichtlichen Entwicklung bis zum Weltkriege behandelt. So wird die Aufwertungsfrage im Altertum und Mittelalter dargelegt. Veröffentlicht wird weiter ein Aufwertungsschlüssel Friedrichs des Großen vom 12. Januar 1792. Auch die Stellungnahme Immanuel Kants zur Aufwertungsfrage wird bekanntgegeben. Weitere Abschnitte behandeln die französischen Assignaten und Territorial-Münzen, ferner die preußischen Tranchéen, die österreichischen Banffszettel und die nordamerikanischen Greenbacks.

In einem zweiten Anhang wird die Entwicklung der Aufwertungsfrage im Saargebiet, in Danzig, in Frankreich, Russland, Polen, Österreich und England geschildert. Die Tendenz kommt zu dem Schluss, dass über die zahlreichen Einzelheiten, die das Problem der Aufwertung betreffen, die Ansichten wohl weit auseinanderliegen. Neben eins jedoch besteht in weiten Kreisen Übereinstimmung, nämlich darüber, dass es erforderlich sei, zu einer Regelung zu gelangen, die etwas Dauerhaftes darstelle. Ein Soldat, der finanziell zusammengebrochen sei, könne eine Grundlage für eine neue wirtschaftliche Belebung nur dadurch gewinnen, dass er mit seinen alten Gläubigern zu einem Vergleich (Vergleichsvergleich) gelange. Gelingt ihm dies nicht, so müsste er darauf rechnen, dass jederzeit, sobald es sich wirtschaftlich zu erholen beginne, der Gerichtswohler bei ihm erscheine und ihm die Rechnungen des alten Gläubigers präsentiere. Nicht anders sei es mit der Staats- und Wirtschaftswelt. Sie müssen endgültig wissen, welche Belastung die alten Papiermarkschulden darstellen. Hier könnte es nur ein Ziel geben: Rechtsgewissheit auf dem Boden eines der Willigkeit entsprechend endgültigen Abschlusses. Es handele sich nunmehr darum, den Schlussstrich unter die Währungskatastrophe zu ziehen. Damit sei die Gesetzgebung vor eine große und verantwortungsvolle Entscheidung gestellt. Da die Entscheidung nicht in die Hände gebe, davon hängt nichts weniger als die ganze Zukunft des deutschen Volkes ab.

Die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen.

Berlin, 6. Februar. Wie wir von unterrichteter Seite erfahren, werden die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen voraussichtlich im Laufe der nächsten Woche zu einer Entscheidung darüber führen, ob Deutschland das von Frankreich angestrebte Wirtschaftsproblem endgültig annehmen kann oder nicht. Die Verhandlungen drehen sich jetzt in der Hauptstadt um die Frage, ob Frankreich für den endgültigen Handelsvertrag Deutschland die Wirtschaftsbegünstigung praktisch zugesichert kann. Vautier der französische Botschafter bestehend, so würde etwa gegen Mitte Februar die Unterschriftung des deutsch-französischen Provisoriums erfolgen können.

Paris. Die deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen sind gestern nach etwa zehntägiger Unterbrechung wieder aufgenommen worden. Dr. Trendelenburg und Handelsminister Kannabady besprachen in einer zweitägigen Unterredung den Inhalt der französischen Note vom 26. Januar und die vorgestern von der deutschen Wirtschaftsdelegation überreichte Antwort. Im Verlaufe der Unterhandlungen ergaben sich Möglichkeiten für eine Verhandlung. Die beiden Delegationen führen werden nun über das Ergebnis der deutjigen Beratung ihren Delegationen berichten, damit die Verhandlungen in den nächsten Tagen in Vollstreckung der beiden Vertretungen fortgeführt werden können. Wenn sich auch nichts voraus sagen lässt, so ist, wie der hierige Vertreter des W. T. B. erahnt, doch der Eindruck nach dieser ersten Abschlussnachfrage nicht unauslöschlich.

Die politische Lage in Deutschland.

London. (Kunstspruch) Daily Telegraph bringt einen Zeitartikel mit der Überschrift: Ueber die politische Lage in Deutschland. In diesem führt das konservative Blatt aus, die reaktionäre Bewegung in Deutschland habe große Fortschritte gemacht, reiche aber durchaus nicht alle Deutschen mit. Die deutsche Regierung bleibt wie bisher fast auf die Erfüllungspolitik verpflichtet. Luther habe in seiner Rede am Freitag erklärt, seine Außenpolitik gründe sich fast auf das Londoner Abkommen. Es bestünden viele Anzeichen, dass der neue Kanzler eine unerwartete Weitertreibung in der Teilung seiner Ministerkollegen und in seinen schwierigen Beziehungen zu den Parteien der Rechten zeigt. Es bleibe abzuwarten, ob er stark genug sei, seine eindringliche Zulage zur Wiederaufrichtung irgendwelcher nachgewiesenen Verstöße gegen die Abtretung durchzuführen. Wenn ihm dies gelinge, könne er viel tun, um die Beziehungen seines Landes zu den Weltmächten wieder günstiger zu erhalten, wie sie es nach dem Abschluss des Londoner Abkommens gewesen seien.

Um den Achtstundentag.

Berlin. Zu den Mitteilungen des Reichsarbeitsministers Dr. Brauns im Reichstag über die Bereitwilligkeit Deutschlands zur Ratifizierung des Washingtoner Abkommens über den Achtstundentag erfahren wir, dass nach wie vor die Umsetzung des Geldwerts beim Beginn des Weltkrieges, im zweiten den Währungsverfall, im dritten wird die Behandlung der Aufwertungsfrage durch die dritte Steuernotverordnung dargestellt. Der vierte Abschnitt entält die Änderungsvorschläge zur dritten Steuernotverordnung.

In einem Anhang wird das Aufwertungsproblem in seiner geschichtlichen Entwicklung bis zum Weltkriege behandelt. So wird die Aufwertungsfrage im Altertum und Mittelalter dargelegt. Veröffentlicht wird weiter ein Aufwertungsschlüssel Friedrichs des Großen vom 12. Januar 1792. Auch die Stellungnahme Immanuel Kants zur Aufwertungsfrage wird bekanntgegeben. Weitere Abschnitte behandeln die französischen Assignaten und Territorial-Münzen, ferner die preußischen Tranchéen, die österreichischen Banffszettel und die nordamerikanischen Greenbacks.

Der Achtstundentag in den Konsernen.

Essen. Unter dem Vorstih des Reichs- und Staatskommissars Mehl und unter Teilnahme von Vertretern des Handelsministeriums und des Oberbergamts wurden gestern die Arbeitszeitverhandlungen im Ruhrbergbau aufgenommen. Da eine Einigung nicht zu erzielen war, kam es zu einem Schiedsspruch mit wechselnden Siegerheiten, der das bisherige Abkommen mit einigen Änderungen verlängert. Die Arbeitszeit in Konsernen soll bereits ab 1. März acht Stunden betragen, nicht, wie in der Verordnung des Reichsarbeitsministers vorgesehen ist, ab 1. April. Die Schiedsstelle zur Entscheidung von Streitigkeiten wurde autrecht erhalten. Das Abkommen kann einmalig zum 30. September gefündigt werden.

Die Lohnfrage bei der Reichsbahn.

Berlin. Nachdem das Lohnabkommen bei der Reichsbahn von den Gewerkschaften zum 1. März gefündigt worden ist, werden am nächsten Dienstag in der Reichsbahn-Verhandlungen mit den Gewerkschaften stattfinden, in denen die Wünsche der Arbeiterschaft zum Vortrag bringen werden.

Ein deutscher Dampfer gesunken.

Helsingborg. Der deutsche Dampfer Wolf, der mit einer Ladung Zucker vom Hafen Münster nach Helsingborg unterwegs war, stieß gestern morgen bei Nyköpingen auf Grund und sank. Die aus neun Mann bestehende Besatzung rettete sich in die Boote und landete bei Nyköpingen.

Oslo. Der Hamburger Dampfer Martha, der in der Nacht zum Donnerstag voriger Woche von Esbjerg nach Haugeund abging, ist dort noch nicht eingetroffen. Da die Fahrt gewöhnlich zwei Tage dauert und man von dem Schiff bis heute noch nichts gehört hat, steht zu befürchten, dass das Schiff, dessen Besatzung aus 14 Mann bestand, untergegangen ist.

Die Kosten der Reparationskommission.

Paris. Nach einer Aufstellung des Matin wird die Reparationskommission nach vollzogenem Abbau vom Dezember 1925 ab zur Bereitstellung ihrer Unterkünfte jährlich nur noch 3,8 Millionen Goldmark verbrauchen. Bisher beliefen sich die Ausgaben auf 7,5 Millionen Goldmark. Die Griechenland bestätigt demnach 3,7 Millionen Goldmark, wird jedoch durch die Kosten der in Ausführung des Danesegutachtens gebildeten Kontrollausschüsse aufgewogen. Weiter macht der Matin Angaben über die Gehälter der einzelnen Kontrollkommissare. Parker Gilbert erhält jährlich 950 000 Papierfranken, der Wissenschaftsminister Brudins besitzt 418 000 Franken, der Wissenschaftsminister Mac Gaddyen erhält 350 000 Franken und der Eisenbahnsminister Leveque umgefähr 440 000 Franken.

Grands' Revision verworfen.

Die Hinrichtung von Haarmann und Grands bevorstehend.

Berlin. Wie aus Hannover gemeldet wird, ist die von Grands' gestellte Revision eingegangen. Das Urteil ist damit rechtsträchtig und darf gemeinsam mit dem gegen Haarmann gefallten Todesurteil in Kürze vollstreckt werden.

Dörfliches und Sächsisches.

Nicla, den 6. Februar 1925.

* Bilderschwundel. Hierzu veröffentlichen wir in der Beilage einen Artikel, dessen Beachtung wir den Eltern in ihrem eigenen Interesse besonders empfehlen.

* Frau erw. Henriette Thiem, die heute in körperlicher und geistiger Freiheit ihren 80. Geburtstag begiebt, wohnt seit 1880, also 45 Jahre, ununterbrochen im Grundstück Goethestraße 20. — Herzlichster Glückwunsch!

* Konzert zeitgenössischer Musik. Das kunstliebende Publikum sei auch an dieser Stelle nochmals auf den morgen (Sonntagabend) im "Sächsischen Hof" stattfindenden Konzertabend empfehlend aufmerksam gemacht. Räheres wolle man aus dem gestrigen Angelteile d. El. erschaffen.

* Betrüger gesucht. Gewarnt wird vor dem Kaufmann Max Hammerthal, am 21. April 91 in Sachsen geboren, zuletzt in Berlin, Dörlsingstr. 4 wohnhaft gewesen. Hammerthal, der früher Banddirektor war, hat durch diese Tätsigkeit einen großen Kreis von Bekannten, deren Unterschriften er nachmachte und zu Schwindelstahl und anderen Beträgen von hohen Beträgen gefüllt. Er ist etwa 175 Meter groß, hat dunkelblondes Haar, farsch-schnittenen Schnurrbart. Sollte Hammerthal hier auftauchen, so wird am Mittwoch an die Kriminalabteilung gebeten.

* Wer ist der Unbekannte? Zu der Meldung über den Unbekannten, der bewußtlos im Wartesaal des Dresdner Hauptbahnhofes aufgefunden und nach dem Arztdienstkrankenhaus gebracht worden war, ist zu berichten, daß der Unbekannte am 5. Februar abends, ohne daß Bewußtsein wieder erlangt zu haben, verstorben ist. Nach den kriminalpolizeilichen Feststellungen hat er in einem kleinen Fremdenhof gewohnt. Im Fremdenbuch hat er sich als Kaufmann Ernst Khatzau, am 27. 2. 97 in Starzard geboren, in Berlin wohnhaft, eingetragen. Nach einer anscheinlichen Rechtsbüro hat er den Fremdenhof mit einem kleinen Koffer, der bis jetzt nicht aufzulinden war, verlassen. Offenbar hat er ein anderes Fremdenheim aufgesucht, woselbst der vermischte kleine Koffer noch liegen dürfte. Einen größeren Koffer mit Inhalt hat er in dem ersten Fremdenheim zurückgelassen. Die in dem Koffer befindliche Wäsche ist mit "G" gekennzeichnet. Es bestehen deshalb noch Zweifel, ob der im Fremdenbuch eingetragene Name Khatzau der richtige ist.

* Filmfotau. In den Kammerlichtspielen (Hauptstraße) gelangt von heute ab das Filmwerk "Der Tänzerin Tod" zur Vorführung. Das traurige Schicksal der Tänzerin Violanta entrollt sich vor den Augen des Publikums. Kurz nach der Geburt wurde Violanta von ihrer Mutter, die mit dem Grafen Baron Lavori verheiratet war, gegen einen Kunden vertauscht, um sich das Majoratsrecht zu sichern. Als Violanta zu einer blühenden Schönheit herangewachsen war, ging sie zur Bühne. Doch hilflos sank sie von Stufe zu Stufe. Ihr eigener Vater, dem der Kindesstaub verschwiegen worden war, verließ sich leidenschaftlich in sein eigenes Kind und vergaß Violanta seine Habs und Gut. Doch diese verständigt ihn und ergreift mit dem Sohne, der nach ihrer Geburt verläuft worden war, die Flucht. Auch er gelangt sehr bald an den Abgrund des Lebens, sie selbst sinkt immer tiefer und tiefer bis sich wahre Liebe in ihr Herz schleicht und schließlich als Gattin des Marquis Garonne ihr Todein frisst. Doch bald wird sie auch hier wieder vom Schicksal verfolgt. Nachdem ihr Sohn von ihrem Liebhaber ermordet worden war, beendet die schöne Tänzerin ihr bewegtes Leben in den Fluten des nahen Sees.

* Haupttag des Reichsbanners Schwarztgold. Sonntag, den 8. Februar findet in Dresden der erste Haupttag des Reichsbanners Schwarztgold für Sachsen statt. 10 Uhr vormittags allgemeine Versammlung im Kristallpalast. Redner: Kamerad Buc-Dresden und Hörling-Wagdeburg. Nachmittag 3.00 ein Umzug durch die Stadt vorgesehen. Nachmittag 3.30 findet die ordentliche Landesversammlung im Konzerthaus statt.

* Handwerksmeisterprüfungen. Im Interesse des Handwerks ist als erfreuliche Tatsache eine besonders rege Beteiligung an den Handwerksmeisterprüfungen in den letzten Jahren festzustellen. Neben dem Beweise des Wertes, der dem Recht zur Führung des Handwerksmeistertitels und der Bezeichnung zum Meister von Verbindungen aufkommt, ist die hohe Zahl der Meisterprüfungen auch allgemein ein Zeichen des Strebens im Handwerk. Es ist im Besten des Einzelnen wie des ganzen Standes äußerst wünschenswert, daß jeder ordnungsmäßig herangebildete Handwerker an seiner Zeit die Meisterprüfung ablegt. Auch Handwerker, die sich in Gehilfenstellung befinden, können die Abliegung der Prüfung im Interesse ihres Fortkommens bestens anjurieren. Die nächsten Prüfungen finden im Frühjahr 1925 statt. Handwerker im Regierungsbezirk Dresden haben ihr Wunsch um Zulassung zur Meisterprüfung bis spätestens 15. Februar 1925 an die Gewerbeakademie Dresden-A. I., Gruner Straße 50, einzulenden. Es soll zugleich Angaben enthalten, ob sich der Geschäftsführer schon einmal zur Meisterprüfung angemeldet hat, und ob er einer Junung angehört und welcher. Beizufügen sind ein selbstverfaßter und eigenhändig geschriebener Lebenslauf,zeugnisse über die Geschäftseigenschaft, Zeugnisse gewerblicher Bildungsanstalten, Lehr- und Gesellenprüfungzeugnis, Wohnungsmeldeschein, Vorschläge für das Meisterstück, Prüfungsbücher (50 Goldmark), im Mauer- und Zimmerhandwerk 50 Goldmark.)

* Oberzensuren müssen erteilt werden. Das Volksbildungministerium teilt mit, daß es Veranlassung habe, darauf hinzuweisen, daß der Lehrer verpflichtet ist, seinen Schülern Jahreszensuren in allen durch das Gesetz, die Druckschulordnung oder den Lehrplan vorgeschriebenen Lehr- und Übungsdiensten zu erteilen.

* Bauerntagung. Am Mittwoch nachmittags hatte der Sächsische Landbau, Ortsgruppe Neustadt, eine Bauertagung einberufen, die sehr gut besucht war. Nach kurzen begrüßenden Worten des Vorsitzenden des Landbundes, Wirthen-Heroldsdorf, erhielt der Geschäftsführer des Landbundes, Bezirk Pirna, Lemke, das Wort zu seinem Vortrage über die gegenwärtige Lage der Landwirtschaft. Die Versammlung faßte folgende Entschließungen: Die anfänglich des Bauertages in Neustadt versammelten 500 Landwirte erheben energisch Protest gegen die Verwendung von Geldern, die aus dem Herabfallen der Wirtschaft gegangen waren, zu Finanzabhanigen Gemeindehäusern u. u. (Schnurg). Sie erwarten vielmehr eine Besserung auf neuemlichem Gebiete und es erscheint und als Voraussetzung, daß in dieser Hinsicht Reich, Länder und Gemeinden äußerste Sparsamkeit walten lassen. Es ist unerträglich, daß Hunderttausende für Bauten ausgegeben werden, die sich mit der jetzigen Steuernot und der Verarmung der Landwirtschaft nicht vereinen lassen. Wir fordern Abbau des ganzen schwülfstigen Steuerlastes. — Die heute u. u. erheben erneut Einspruch gegen den Ankauf des Ritterguts Langburkersdorf. Sie bezahlen den Ankaufspreis als viel zu hoch und fordern im Hinblick auf die hohen Beiträge zur Landesversicherung eine Herabsetzung derselben. Sie wenden sich gegen die Anhäufung von großen Kapitalien durch eine soziale Anstalt, die ihre sozialen Pflichten anders und besser erfüllen kann, als durch Ankauf eines Ritterguts. Erhöhte Renten und Vergabezeit der Beiträge wären sozial. — Von Seiten des Landwirts Böhme-Ehrenberg

der stärkste Protest gegen die Höhe der Veranlagung zum Wehrbeitrag eingelebt wird, weil diese Veranlagung bei der Landwirtschaft gegenüber anderen Besitzten in keinem Verhältnis steht und daher ungerecht ist. Es wird Herabsetzung der Steuern gefordert.

* Die Wohnungswirtschaft für möblierte Zimmer. Mit der Aufhebung der Wohnungswirtschaft für möblierte Zimmer, die baulich vom sächsischen Ministerium abgedeckt worden ist, haben sich, wie von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, auch die sächsischen Handelskammern auf eine Anfrage des Ministeriums hin beschäftigt. Danach vertreten die Kammern die Auffassung, daß die Wohnungswirtschaft auf dem Gebiete der Wohnungswirtschaft, die sich als eine der wenigen Überreste der Kriegswirtschaft bisher noch aufrechterhalten hat, altnahmig ganz aufgehoben werden muß. Es erscheine unutil und bringe Unruhe und Unstimmigkeiten in das Wirtschaftsleben, wenn lediglich auf einem oder einigen Wirtschaftsbereichen eine Wohnungswirtschaft als Ausnahmeregelung bestehen bleibe. Trotz dieser grundähnlichen Einstellung verkennt die Kammern nicht, daß es schwer angängig erscheint, ganz allgemein die Wohnungswirtschaft für das in Hede stehende Teilgebiet der möblierten Räume schon jetzt ohne jede Ausnahme aufzuhören. Wenn vom Reichsarbeitsschreiber in einem Rundschreiben hervorgehoben worden ist, daß das Angebot an möblierten Räumen während der letzten Monate in zahlreichen Gemeinden erheblich gewachsen sei, so kann diesen Ausführungen nur zugestimmt werden, wenigstens für die Mehrzahl der mittleren und kleinen Orte. In einzelnen großen Orten liegen allerdings noch Verhältnisse vor, die hiermit nicht übereinstimmen. Im Hinblick darauf halten es die Kammern für geraten, daß grundsätzlich nur eine freie Wirtschaftsführung hinsichtlich der möblierten Räume zugelassen wird, daß aber unbedacht dessen die Möglichkeit bestehen bleibt, in besonders gelagerten Fällen für einzelne Ortschaften ausnahmsweise die Wohnungswirtschaft noch vorläufig beizubehalten, sofern die Notwendigkeit hierzu einwandfrei erwiesen ist. Letzteres trifft nach Ansicht der Handelskammern Leipzig in Anbetracht der in Leipzig geforderten verhältnismäßig hohen Mietpreise für möblierte Räume besonders auf diese Stadt zu, was nicht zuletzt in der Eigenart dieser Stadt als Messe-, Ausstellung- und Kongreßstadt mit ihrem ausgesprochen starken Fremdenverkehr liegen mag.

* Kurze Landtags-Anfrage. Der deutsch-nationalen Abgeordneten Biller richtete folgende Anfrage an die Regierung: An einer kurzen Anfrage des Herrn Abgeordneten Prof. Dr. Kästner wird eine Behauptung aufgestellt, nach der dem Staate bei seinen Abschlüssen auf Glühlampen ein Nachlass von 40 Prozent gewährt würde, die an die Beamten zum gleichen Preise abzugeben würden. Die Weitergabe an die Staatsbeamten erfolgte demnach zu Preisen, die niedriger sind, als die Einkaufspreise der Wiederverkäufer. Ich frage die Regierung: Ist der Regierung nicht der Gedanke gekommen, daß bei einem derartigen Nachlass der sonst übliche Nutzen der Fabrikanten ein unverhältnismäßig hoher sein muss, und dadurch die lebenswichtigen Artikel des täglichen Bedarfs in einer Höhe belastet werden, die im Geschäftsbetrieb im allgemeinen nicht üblich ist? Hat die Regierung erwogen, ob nicht im Interesse der Verbraucherstadt und des Ansehens des sozialen Handels eine Nachprüfung der Angemessenheit des Fabrikpreises durch die Preisprüfungstelle am Platze wäre? Ist die Regierung bereit, Firmen mit solchen Preisdiskussionen von der Belieferung in Zukunft auszuschließen?

* Der Landesverband der Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen des Sächsischen Militärvereinbundes hält am Sonnabend, den 7. Februar, nachmittags 5 Uhr, eine Kreistagung im Speisesaal des Neustädter Bahnhofes ab. Der Vorsitzende Alfred Paul wird über die im Reichstag vorliegenden Anträge auf Abänderung der Bergungsansprüche und über die soziale Fürsorge (Reichsgrundrente und das Sächsische Wohlfahrtsprogramm) berichten, Kreisvertreter Culitz, Freiberg, über Organisationsfragen und Kamerad Leybach, Freiberg, über Siedlungsweisen. Müttervereins und Verbands-Mitglieder haben freien Zutritt. Als Ausweis dient die Mitgliedskarte. Außerdem ist den Teilnehmern am Kreistag Gelegenheit geboten, die am 8. Februar im Bundeshaus stattfindende Zinnoldaten-Ausstellung unentbehrlich zu besichtigen.

* Todeserklärung im Kriege Bergholzener betr. In der öffentlichen Vollstreckung des Reichsgerichts vom Donnerstag abend wurde u. a. ein Gesetzentwurf angenommen, wonach künftig die Todeserklärung eines im Kriege Bergholzener erfolgen kann, wenn seit dem 10. Januar 1920 ein Jahr lang keine weiteren Nachrichten von ihm eingegangen sind. Besondere Ermittlungen brauchen nicht mehr angestrebt zu werden, außer, wo es sich um rechtliche Interessen handelt.

* Im Landtagsgebäude ist eine Rundfunkanlage errichtet worden, die in der Hauptfassade dem besuchenden Empfang von politischen und wirtschaftlichen Nachrichten dienen soll. Es sind zwei Pauschprecher und 18 Kopfhörer vorhanden. Die Anlage steht vom nächsten Montag ab den Abgeordneten und Pressevertretern zur Verfügung.

* Beamtenfragen im Ausschuß. Der Sonderausschuß für Beamtenfragen hat gestern den Antrag des Sonderausschusses für Beamtenfragen gestellt. Anders, bei der Reichsregierung auf baldigen Erlass von Gesetzen über Beamtenrecht und Beamtenvertretung unverändert angenommen. Danach erstattet die Regierung dem Ausschuß Bericht über die Wiederbesetzung abgebauter Stellen. Darüber hinaus wurden zahlreiche Eingaben bez. den Personalabbau und Ruhethandlerfragen erledigt.

* Zum Befehl des Polizeioberleutnants Götz. Die Meldung des Oberleutnants Götz an den "Sächsischen Zeitungsdienst" hat das Präsidium der Staatspolizeiverwaltung und das Polizeipräsidium Dresden zu folgenden Feststellungen veranlaßt: Aus den vorhandenen Niederschriften über die am 8. Dezember 1924 stattgefundenen Aussprache des Polizeipräsidiums in Leipzig mit Götz und an den Polizeipräsidiums in Dresden durch die Staatspolizeiverwaltung hierüber erfolgte Mitteilung ist ersichtlich, daß Götz die Einwendungen seines neuen Verhördienstes als richtig anerkannt hat und sitzt in seiner Stellung im Stahlhelm danach richten wird. Die Einwendungen laufen nach den vom Leipziger Polizeipräsidium gemachten und von Götz nicht bestrittenen Ausscheidungen, daß „die Koalitionsfreiheit durch die Reichsverfassung garantiiert sei, danach habe auch jeder Beamte das Recht, sich einer nicht verbotenen Organisation anzuschließen. Er — der Präsident — habe keine Möglichkeit, einem Beamten die Mitgliedschaft des Stahlhelms oder des Reichsbanners zu verbieten, wohl aber müsse er von Beamten, die Angehörige derartiger Organisationen seien, fordern, daß sie in der Organisation nicht aktiv in die Öffentlichkeit treten da sich sonst Konflikte zwischen Dienstpflichten und ihrer Organisation ergeben könnten, die geeignet sind, das Ansehen der Polizei zu schädigen.“ Genau in demselben Sinne, fast wörtlich, ist Götz auch in Dresden Vorhaltung getan worden. Aus den vorhandenen Ausscheidungen ist ersichtlich, daß Götz am Schluss der Aussprache seiner außerordentlichen Befriedigung dabei die ruhige und sachliche Füllung derselben Ausdruck verliehen und dabei betont hat, daß manches anders geschehen wäre, wenn die Ausschau-

Vorgerufen (das sind der Präsident und der Oberwachtmeister) in demselben Tone mit ihm verhandelt hätten". Die unmöglichste und überhebliche Verdächtigung seiner Dresdner Vorgesetzten kommt durchaus zu dem sonstigen Verhalten Götz's in dieser Angelegenheit. Die in dem "Sächsischen Zeitungsdienst" ausgeschriebene Aussage, die Aufführung im Landtag erfolgt, dürfte auf einer Selbstüberschätzung Götz's beruhen. Nach dem im Landtag stattgefundenen, zum Teil auffallenden Feststellungen bedurfte es kaum einer solchen Beeinflussung. Die Veröffentlichung erfolgte lediglich, weil der Vorsitz unter Berücksichtigung der Landtagsverhandlungen nicht ohne Interesse war.

* Untersuchungsausschuk der Reichswehrverträge. Der vom sächsischen Landtag eingesetzte Untersuchungsausschuk für Reichswehrverträge hält gestern eine weitere Sitzung ab, in der mehrere Befürchtungen des Reichswehrministeriums bestätigt wurden. Aus diesen geht hervor, daß von den bei der Staatsanwaltschaft angelegten 88 Fällen 58 Verfahren eingestellt und nur in einigen Fällen Strafbefehle gegen Reichswehrangehörige erlassen worden sind. Ein Teil der Verfahren war bei Eingang dieser Schriftstücke noch nicht abgeschlossen; hierüber sollen laut Ausschussschluss weitere Auskünfte vergeben werden.

* Förderung des freien Verkehrs mit Gründlichkeit. Die Deutschen Nationalen haben im Landtag eingesetzte Untersuchungsausschuk für Reichswehrverträge hält gestern eine weitere Sitzung ab, in der mehrere Befürchtungen des Reichswehrministeriums bestätigt wurden. Aus diesen geht hervor, daß von den bei der Staatsanwaltschaft angelegten 88 Fällen 58 Verfahren eingestellt und nur in einigen Fällen Strafbefehle gegen Reichswehrangehörige erlassen worden sind. Ein Teil der Verfahren war bei Eingang dieser Schriftstücke noch nicht abgeschlossen; hierüber sollen laut Ausschussschluss weitere Auskünfte vergeben werden.

* Der Deutsch-nationalen haben im Landtag eingesetzte Untersuchungsausschuk für Reichswehrverträge hält gestern eine weitere Sitzung ab, in der mehrere Befürchtungen des Reichswehrministeriums bestätigt wurden. Aus diesen geht hervor, daß von den bei der Staatsanwaltschaft angelegten 88 Fällen 58 Verfahren eingestellt und nur in einigen Fällen Strafbefehle gegen Reichswehrangehörige erlassen worden sind. Ein Teil der Verfahren war bei Eingang dieser Schriftstücke noch nicht abgeschlossen; hierüber sollen laut Ausschussschluss weitere Auskünfte vergeben werden.

* Der Deutsch-nationalen haben im Landtag eingesetzte Untersuchungsausschuk für Reichswehrverträge hält gestern eine weitere Sitzung ab, in der mehrere Befürchtungen des Reichswehrministeriums bestätigt wurden. Aus diesen geht hervor, daß von den bei der Staatsanwaltschaft angelegten 88 Fällen 58 Verfahren eingestellt und nur in einigen Fällen Strafbefehle gegen Reichswehrangehörige erlassen worden sind. Ein Teil der Verfahren war bei Eingang dieser Schriftstücke noch nicht abgeschlossen; hierüber sollen laut Ausschussschluss weitere Auskünfte vergeben werden.

* Der Arbeitsmarkt in Sachsen. Das Landesamt für Arbeitsvermittlung veröffentlicht über die Lage auf dem sächsischen Arbeitsmarkt für die Zeit vom 26. bis 31. Januar 1925 folgenden Bericht: Die Landwirtschaft zeigt noch wie vor Geburt an jungen Burschen und Mädchen. Der Bergbau hält nur vereinzelt Arbeitskräfte ein. In der Industrie der Steine und Erdöle erwies sich besonders die Glasindustrie als aufnahmefähig und zwar sowohl für männliche als auch für weibliche Arbeitslose. Aufnahmefähig war auch die chemische Industrie. Aber auch in der Metallindustrie blieb die Lage im allgemeinen günstig. Hand- und ungerne Kräfte konnten fast allerorts in größerer Zahl vermittelt werden. In der Textilindustrie machte sich in der Bekleidungsbranche eine Besserung, in der Strickwarenbranche ein Rückgang bemerkbar. Die Papierindustrie ließ ebenfalls die Einzahllichkeit vermischen. In manchen Orten bestand lebhafte Nachfrage nach Arbeitern, in anderen Orten wieder neigte die Arbeitsmarktlage zur Verschlechterung und stellenweise wurde sogar Kurzarbeit eingeführt. Ähnlich lagen die Verhältnisse im Holz- und Schuhstoffgewerbe und in der Leberindustrie. Das Buntstiftungsgewerbe meldete offene Stellen, die nicht familiär besetzt werden konnten. Wenig Beschäftigungs möglichkeiten boten das Nahrung- und Genussmittel-, das Bekleidungs- sowie das Gastwirtschaftsgewerbe. Im Baugewerbe erhöhte sich die Zahl der Arbeitssuchenden. Bei den Kaufmännern und Büroangestellten war eine geringe Beschäftigung festzustellen. An perfekten Stenotypistinnen und Büroangestellten übertrug teilweise die Nachfrage das Angebot. Mangel bestand auch an Hausangestellten mit guten Bezugsnissen.

* Die Landesausstellung in Dresden und die ländlichen Reitervereine. In der wiederholten Sitzung des Sächsischen Arbeitsmarktes für die Zeit vom 26. bis 31. Januar 1925 folgenden Bericht: Die Landwirtschaft zeigte noch wie vor Geburt an jungen Burschen und Mädchen. Der Bergbau hält nur vereinzelt Arbeitskräfte ein. In der Industrie der Steine und Erdöle erwies sich besonders die Glasindustrie als aufnahmefähig und zwar sowohl für männliche als auch für weibliche Arbeitslose. Aufnahmefähig war auch die chemische Industrie. Aber auch in der Metallindustrie blieb die Lage im allgemeinen günstig. Hand- und ungerne Kräfte konnten fast allerorts in größerer Zahl vermittelt werden. In der Textilindustrie machte sich in der Bekleidungsbranche eine Besserung, in der Strickwarenbranche ein Rückgang bemerkbar. Die Papierindustrie ließ ebenfalls die Einzahllichkeit vermischen. In manchen Orten bestand lebhafte Nachfrage nach Arbeitern, in anderen Orten wieder neigte die Arbeitsmarktlage zur Verschlechterung und stellenweise wurde sogar Kurzarbeit eingeführt. Ähnlich lagen die Verhältnisse im Holz- und Schuhstoffgewerbe und in der Leberindustrie. Das Buntstiftungsgewerbe meldete offene Stellen, die nicht familiär besetzt werden konnten. Wenig Beschäftigungs möglichkeiten boten das Nahrung- und Genussmittel-, das Bekleidungs- sowie das Gastwirtschaftsgewerbe. Im Baugewerbe erhöhte sich die Zahl der Arbeitssuchenden. Bei den Kaufmännern und Büroangestellten war eine geringe Beschäftigung festzustellen. An perfekten Stenotypistinnen und Büroangestellten übertrug teilweise die Nachfrage das Angebot. Mangel bestand auch an Hausangestellten mit guten Bezugsnissen.

* Die Landesausstellung in Dresden und die ländlichen Reitervereine. In der wiederholten Sitzung des Sächsischen Arbeitsmarktes für die Zeit vom 26. bis 31. Januar 1925 folgenden Bericht: Die Landwirtschaft zeigte noch wie vor Geburt an jungen Burschen und Mädchen. Der Bergbau hält nur vereinzelt Arbeitskräfte ein. In der Industrie der Steine und Erdöle erwies sich besonders die Glasindustrie als aufnahmefähig und zwar sowohl für männliche als auch für weibliche Arbeitslose. Aufnahmefähig war auch die chemische Industrie. Aber auch in der Metallindustrie blieb die Lage im allgemeinen günstig. Hand- und ungerne Kräfte konnten fast allerorts in größerer Zahl vermittelt werden. In der Textilindustrie machte sich in der Bekleidungsbranche eine Besserung, in der Strickwarenbranche ein Rückgang bemerkbar. Die Papierindustrie ließ ebenfalls die Einzahllichkeit vermischen. In manchen Orten bestand lebhafte Nachfrage nach Arbeitern, in anderen Orten wieder neigte die Arbeitsmarktlage zur Verschlechterung und stellenweise wurde sogar Kurzarbeit eingeführt. Ähnlich lagen die Verhältnisse im Holz- und Schuhstoffgewerbe und in der Leberindustrie. Das Buntstiftungsgewerbe meldete offene Stellen, die nicht familiär besetzt werden konnten. Wenig Beschäftigungs möglichkeiten boten das Nahrung- und Genussmittel-, das Bekleidungs- sowie das Gastwirtschaftsgewerbe. Im Baugewerbe erhöhte sich die Zahl der Arbeitssuchenden. Bei den Kaufmännern und Büroangestellten war eine geringe Beschäftigung festzustellen. An perfekten Stenotypistinnen und Büroangestellten übertrug teilweise die Nachfrage das Angebot. Mangel bestand auch an Hausangestellten mit guten Bezugsnissen.

* Paketverkehr mit dem Saargebiet. Nach dem Friedensvertrag ist das Saargebiet vom 10. Januar 1925 an in den französischen Sollbereich gekommen. Bis auf weiteres werden daher Pakete nach dem Saargebiet hinreichend der Postbestimmungen wie nach Frankreich gerichtet; darüber hinaus werden Pakete nach dem Saargebiet gerichtet. Das Paketpostamt in der Ausschiffung der Post nach dem Saargebiet ist dem Saarlandamt unterstellt.

öffentlichen Söllner gemacht werden. Bestimmungsausmalle und Ursprungsmenge nicht erforderlich; Söllnerklärung wie bisher eine frz. oder dt. Söllnerkarte; Bücher in gewöhnlichem Einbande, Zeitungen, periodische Zeitschriften, aufgedruckte Landkarten, Noten, Drucksätze, gefälschtes Fleisch, Rinderfleisch, rohe Hähne und Haare, zubereitete Fleise besserer Sorte (nicht Hantelteile); rohe Websteine, Blätter und Blumen zu medizinischen Zwecken. Umfahne aus Waren: 18 v. G. des Wertes. Endgültige Regelung des Paketverkehrs steht noch aus.

* Anfragen auf Briefsendungen nach dem Auslande. In letzter Zeit sind Fälle bekannt geworden, in denen Briefsendungen ins Ausland als unzulässig behandelt werden sind, weil die fremden Postbeamten die in deutschen Buchstaben geschriebenen Anschriften nicht entziffern konnten. Es ist daher zu empfehlen, bei Anfragen auf Sendungen nach dem Auslande die lateinische Schrift anzuwenden, es sei denn, daß es sich um Länder handelt, in denen die gotischen Schriftzeichen bekannt oder üblich sind (z. B. Österreich, Schweiz, Nordische Staaten, Luxemburg).

* Verhaftung des Kommunisten Roscher. Der seit Jahren von der Polizei gefürchtete kommunistische Führer Max Roscher aus Borsig im Höhatal konnte in Chemnitz auf dem Hauptbahnhof verhaftet werden. Roscher wird als Urheber der Unruhen im Höhatal bezeichnet. Die kommunistische Partei hatte ihn, obwohl er läufig war, mit als Kandidaten für die Reichstagswahl am 7. Dezember aufgestellt; er wurde aber nicht gewählt. Dem im Mai 1924 gewählten Reichstag gehörte Roscher als kommunistischer Abgeordneter an.

* Das Dienstalter der Parteibuchbeamten. Reichstagsabgeordneter Dr. Barth-Bülow hatte vor längerer Zeit an die Reichsregierung einen Antrag gerichtet, wegen der von der sozialistischen Regierung gelassenen Praxis, den in höheren Staatsämtern berufenen Parteibuchbeamten die im Parteidienst verbrachte Dienstzeit — sogar Buchausgaben — auf die verbrachte Dienstzeit angzurechnen. Auf seine Erinnerung hat Dr. Barth jetzt Bescheid erhalten, daß das Reichsgerichtsgericht für den 11. Februar mündliche Verhandlung in Aussicht genommen habe.

* Klöschke. Auf Anordnung des Bezirksarztes mußte in einer Kasse der heiligen Volkschule der Unterricht wegen der zahlreichen Erkrankungen der Kinder an Western auf 14 Tage ausgesetzt werden.

* Freital. Der hier wohnhafte 58-jährige Kohlenhändler Max Niedel wurde am Dienstag abend beim Überqueren des Neumarktes in Dresden von einem Auto angefahren und erlitt so schwere innere Verletzungen, daß er noch an denselben Tage im Krankenhaus verstarb.

* Dresden. Zu den Kinderfällen, die in der Nähe des Finanzministeriums aufgetreten waren, ist als Eigentümerin eine in der Kolenstraße wohnende 22-jährige Angestellte der H. ermittelt worden. Sie hatte am Dienstag, den 3. 2. ihren 11 Wochen alten Knaben in die Elbe geworfen. Als Grund zu der Tat führt die H. die festgenommenen worden ist, Verwirrung mit ihren Eltern an.

* Sebnitz. Der Bahnhofsvorsteher W. wurde gestern früh von einem einfahrenden Zug erfaßt und überfahren. Es wurden ihm ein Bein und ein Arm abgerissen.

* Baubau. Auf Bauhauer Stadtschlund sind dieser Tage mehrere vorgehörliche Herdstellen entdeckt und durch die Gesellschaft für Anthropologie untersucht worden. Es handelt sich um eine Siedlung der ausgehenden Bronzezeit und der Eisenzeit. Damit dürfte das zu dem Gräberfeld Axtierfaserne gehörige Dorf entdeckt sein.

* Aue i. E. Für die Betrieb einer gleislosen Straßenbahn Bischöflau-Kaufhadt-Schneberg-Aue soll ein beziehbarer Automobilbus mit 50 Sitzplätzen angeschafft werden. Zur Einrichtung der Verkehrslinie ist die Gründung einer Aktiengesellschaft in Aussicht genommen.

* Wiedau. Drei 12–13-jährige Schulfaschen waren hier beim Spiel in Streit geraten und drückten schließlich einander. Nachdem der eine von beiden die Angelegenheit als erledigt betrachtet hatte, lief ihm der „Schwerbehinderte“ nach und stieß ihm sein Taschenmesser in den Rücken. Der verletzte Knabe mußte sofort in ärztliche Behandlung gebracht werden. — Er und zwar trug ein neunzehn 13-jährigen Schulmädchen dieser Tage ein lebendes Baby.

* Wittenstein. Im benachbarten Schönbrunn, Ortsteil Oberau, feierten dieser Tage die Tippmannschen Eheleute ihre diamantene Hochzeit. Beide vollendeten am 3. Februar das 85. Lebensjahr.

* Schneeberg. Am Mittwoch früh verstarb hier Oberstaatsrat Dr. Gilbert. Der Verstorbene war über 50 Jahre Vorstand des Amtsgerichts Schneeberg und wirkte ehrenamtlich in der Stadtvertretung, im Kirchenvorstand und im Gemeinwohltag des Erzgebirgsvereins. Er gehörte bis zu seinem Tode auch der Landessynode an.

* Leipzig. Wie verlautet, ist für die Zeit der Leipziger Frühlingsmesse die Einrichtung eines Flugverkehrs von Chemnitz nach Leipzig in Aussicht genommen. — Der auf den 1. März angelegte Vollstrauertag für die Kriegsgefallenen ist für Leipzig mit Rücksicht auf die Weise auf den 15. März verlegt worden.

* Leipzig. Auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft Leipzig wurde der Kaufmann und Büchereivistor Friedrich Karl Tröger aus Leipzig verhaftet. Es werden ihm umfangreiche Darlehensschwindel zur Last gelegt. Sein Unternehmen war eine Glühbirne der Insulationszeit. Tröger galt als vermögender Mann, führte ein großes Haus und beschäftigte eine ganze Reihe von „Proletären.“

4 Kinder in den Flammen umgekommen.

* Kamenz. (Funkspruch.) Heute nach zwischen 2 und 3 Uhr brach im Hause des Schneidermeisters Maab im benachbarten Ostrow ein Feuer aus. Dabei sind drei Kinder Maabs, ein Mädchen von 5 Jahren und zwei Knaben von 3 und 2 Jahren, sowie seine Pflegesohne im Alter von 18 Jahren in den Flammen umgekommen. Das Hausgrundstück sowie die daneben liegende Scheune sind bis auf die Grundmauern niedergebrannt.

Wassermangel in Nordböhmen.

Die großen nordböhmischen Industriestädte klagen seit ähnlich seit Wochen über Wassermangel. Eine Reihe von Städten mußte bereits zu Sparsamnahmen greifen und z. B. nachtsüber die Wasserleitungen absperren. Die Ursache der Wasserknappheit beruht nicht auf mangelhaften Leitungen, sondern auf zwei anderen Tatsachen. Gundsdorf und hauptsächlich ist die geringe Niederschlagsmenge daran schuld. Das Jahresmittel für Nordböhmen beträgt 845 Millimeter. Heuer aber zeigen die Lübmoweter nur im ganzen 628 Millimeter Niederschlagsmenge, also nur drei Viertel des Mittelwertes. Die drei ersten Monate von 1924 brachten nur Schnee, der dann plötzlich einschmolz und als Hochwasser auch verschwand. Im Sommer gab es zwar regenreich, doch war nur der Juni wirklich regenreich. Einem so trocknen Spätherbst und Herbst wie 1924 gab es aber jahrelang nicht. Im Oktober, November und Dezember 1924 fielen nur 66,9

Millimeter Regen; das ist in einem Wertesjahr nicht einmal seltsam, wie konkret der Monatssdurchschnitt beträgt. In zweiter Reihe bewirkt die Abholzung der großen Wälder Nordböhmens geringe Erhaltung der Quellen, und gar viele Quellen sind mit dem Walde ganz verschwunden. Es bleibt für die Wetterbeobachtungsstationen festzustellen, wie weit denn noch das Verschwinden des Waldes (Monnenstruktur) auf die Niederschlagsverhältnisse in den folgenden Jahren einwirkt. Der zeitige Regen kommt daher sehr gelegen.

Die heutige Reichstagsitzung.

(Funkspruchmeldung.)

Berlin, 6. Februar, nachm. 1 Uhr.

Auf der Tagessitzung steht die Einzelberatung des Staates des Reichsarbeitsministeriums in 2. Sitzung. Die dazu vorliegenden Entwicklungen sollen erst in der 3. Sitzung erledigt werden.

Bei der Beratung der Sozialen Fürsorge forderte Abg. Hartmann (Soz.) eine Erhöhung der Invalidenrente. Diejenigen Söhne standen in keinem Verhältnis zu der Leistung. Im vorigen Jahre habe sich der Reichsarbeitsminister den Alagnen der rechtsstehenden Abgeordneten angeschlossen, daß die deutsche Wirtschaft eine Erhöhung der Renten nicht tragen könne. Aber dafür haben trotzdem dieselben Abgeordneten 48 bis 50 Millionen für den Wahlkampf der Barmat ausgeschoben. (Rote rechts: Barmat.) Ach, Barmat ist nur ein Stümper gegenüber Ihrem Finanzminister und den Industriellen, die sich von ihm schänden lassen. (Siehe auf den Soz.) Nicht nur die Invaliden, sondern auch alle übrigen Sozialrenten bedürfen dringender einer Aufbesserung.

Abg. Dr. Wollenbauer (D. Vp.) hält eine gründliche Reform der Organisation des Sozialversicherungswesens für notwendig. Dadurch würden sich Ergebnisse erzielen lassen, die wiederum den Sozialrentnern zugute kommen könnten. Ein wesentlicher Ausbau der Angestelltenversicherung würde sich auch ohne eine erhebliche Erhöhung der Beiträge ermöglichen lassen. Der Redner wendet sich gegen einzelne Ausführungen des Vorredners. In keiner Staat der Welt würden die Invalidenrenten die volle Höhe des Arbeitsverdienstes erreichen. Die Volkspartei sei im Übrigen bereit, mit allen Kräften am Ausbau der sozialen Versicherung mitzuwirken.

Abg. Frau Brendel (Komm.) verlangt eine Befreiungssatzung der Invalidenrente auf 50 Mark.

(Die Sitzung dauert noch an.)

Der Rechtsanschluß des Reichstags

beschäftigte sich in seiner heutigen Sitzung mit den Anträgen Müller-Braun (Soz.), Schiele (Dn.) und Thaelmann (Komm.) auf Erlass eines Gesetzes über

Straffreiheit für politische Straftaten.

Abg. Schulte (Dtr.) äußerte grundsätzliche Bedenken gegen eine allgemeine Amnestie. Von Einzel- und Gruppenbeweisen sei im Reiche und in den Ländern ausgiebig Gebrauch gemacht worden in einer Weise, die weit über das hinausgeht, was vor dem Kriege üblich gewesen sei.

Abg. Bieker (D. Vp.) betonte, daß er einer allgemeinen Amnestie ablehnend gegenüberstehe.

Abg. Dr. Barth (Dn.) betonte insbesondere im Falle Quettwitz die Notwendigkeit, die Angelegenheit durch eine Amnestie aus der Welt zu schaffen.

Abg. Levi (Soz.) wandte sich dagegen, daß für einen General, der nicht den Blut gehabt habe, vor einem Gerichte für seine Tat einzutreten, eine Amnestie gefordert werde.

Abg. Frau Dr. Niederdorff (Dem.) wies darauf hin, daß der damalige Reichsjustizminister vor dem Staatsgerichtshof ausgesetzt habe, daß eine bindende Erklärung nicht gegeben worden sei.

Abg. Dr. Dahl (D. Vp.) erklärte, daß er mit Rücksicht auf die Begründigung der Separatisten für eine Amnestie sei.

Geheimrat Werber teilte mit, daß die Reichsregierung bei der Auseinandersetzung mit dem Bataillon eine besondere Erklärung abgegeben, in der Dr. Jarres in seiner Eigenschaft als Leiter des Reichskommunismus Verhöhnung der Ausgewiesenen, der Erlass eines Geheimbefehls zur Verhinderung der Kommunistischen Partei und Verfolgungspolitik im Rheinlande vorgeworfen werden. Dr. Jarres dankte für den Willkommen und erwiderte den Kommunisten unter Beifall der Versammlung mit erhobener Stimme, daß er mehr für die Ausgewiesenen getan habe, als die ganze kommunistische Reichstagsfraktion zusammen. Der Vorwurf der Verfolgungspolitik sei eine gemeinsame Lüge. Ich habe, so betonte Dr. Jarres, mit meinem Herzblut für die Rheinlande gekämpft. Wer meine Pläne nicht versteht, dem kann es nur an Verständnis fehlen, oder vielleicht an dem guten Willen. Dr. Jarres verlor sich, wie früher seine ganze Kraft für die Stadt Duisburg einzugehen, deren Stück er auch in der Verbannung mit großem Interesse verfolgt und nach Möglichkeit gefördert habe. Er bitte alle Parteien, ihn in diesem Tun zu unterstützen.

Reichsgericht verließ Reichsgerichtsminister Strohs ein Schreiben des früheren Sekretärs des Reichsverkehrsministeriums, jehden Kellvertretenden Generaldirektor des Reichsbahngesellschafts Vogt, worin bestritten wurde, daß die Reichsregierung seinerzeit eine derartige Auflage gemacht habe.

Abg. Dietrich-Baben (Dem.) wies darauf hin, daß Oster überhaupt nicht auflagen konnte, den international gebundenen § 24 zu ändern, sondern nur angelebt hat, die zu erlassende Personalverordnung mit den Beamtenorganisationen zu beraten. Das sei dann auch geschehen. Es sei schaustellen, daß der ehemalige Reichsseidenbahndirektor das, was er gesagt hat, gehalten hat.

Lebte Funkspruch-Meldungen und Telegramme

vom 6. Februar 1925.

Gattenmord in Berlin?

Berlin. (Funkspruch.) Heute vormittag wurde in der Tieckstraße zu Berlin der Alimarkt händler Meincke mit einem Kopfschuss tot aufgefunden. Nach Angaben seiner Frau soll es sich um einen Selbstmord handeln. Durch den Gerichtsrat konnte jedoch festgestellt werden, daß Meincke sich die Schußverletzung nicht selbst beigebracht haben könnte. Nach Aufnahme des Tatbestandes kann angenommen werden, daß die Ehefrau ihren Mann erschossen und dann Selbstmord vorgelegt hat. Die Frau bestreitet zwar die Tat, vermischte sich aber bei ihren Vernehmungen immer mehr in Widersprüche.

Wechsel in der Verwaltung des Saargebietes.

* Berlin. Die Morgenblätter melden aus Saarbrücken: In der gestrigen Sitzung des Landtages besprachen die Vertreter der einzelnen Fraktionen einander die wirtschaftliche und politische Lage des Saargebietes. Dabei wurde aufs bestzte Kritik an dem Verhalten der Obersten Polizeiverwaltung geübt. Darauflich die Regierungskommission habe beschlossen, die Oberste Polizeiverwaltung ab 31. März 1925 als selbständige Abteilung aufzugeben und die Geschäfte der Polizei dem Direktor der Abteilung Inneres Dr. Heimiller zu übertragen.

Berufung gegen die Verurteilung Kroners.

* Berlin. Wie mehrere Blätter melden, haben die Verteidiger des Landrichtersdirektors Kroner gegen das Urteil des erweiterten Schöffengerichts Berufung eingelegt. Berufungsinstanz ist die große Strafkammer des Landgerichts 1 Berlin.

Eläßlische Abgeordnete gegen die Sondervertretung.

* Straßburg. 18 eläßlische Abgeordnete der Rechtspartei erklärten öffentlich, daß sie gegen die Sondervertretung Eläßl-Lottringens beim Bataillon gestimmt haben. Sie verlangen nach wie vor eine gesamtfranzösische Vertretung beim Bataillon und würden den Kampf dafür fortführen.

Dr. Jarres in der Duisburger Stadtverordnetenversammlung.

* Duisburg. In der gestrigen Stadtverordnetenversammlung wurde der zurückkehrende Oberbürgermeister Dr. Jarres vom Bürgermeister Maiwald im Namen der Stadtverwaltung und vom Vorsitzenden der Zentrumstraktion Justizrat Dr. Teichhorn im Namen des Kollegiums herlich willkommen geheißen. Die Kommunisten hatten den Saal verlassen und ließen durch den zurückgebliebenen Vorsitzenden eine besondere Erklärung abgeben, in der Dr. Jarres in seiner Eigenschaft als Leiter des Reichskommunismus Verhöhnung der Ausgewiesenen, der Erlass eines Geheimbefehls zur Verhinderung der Kommunistischen Partei und Verfolgungspolitik im Rheinlande vorgeworfen werden. Dr. Jarres dankte für den Willkommen und erwiderte den Kommunisten unter Beifall der Versammlung mit erhobener Stimme, daß er mehr für die Ausgewiesenen getan habe, als die ganze kommunistische Reichstagsfraktion zusammen. Der Vorwurf der Verfolgungspolitik sei eine gemeinsame Lüge. Ich habe, so betonte Dr. Jarres, mit meinem Herzblut für die Rheinlande gekämpft. Wer meine Pläne nicht versteht, dem kann es nur an Verständnis fehlen, oder vielleicht an dem guten Willen. Dr. Jarres verlor sich, wie früher seine ganze Kraft für die Stadt Duisburg einzugehen, deren Stück er auch in der Verbannung mit großem Interesse verfolgt und nach Möglichkeit gefördert habe. Er bitte alle Parteien, ihn in diesem Tun zu unterstützen.

Gente Vollstzung in den Wirtschaftsverhandlungen mit Frankreich.

* Paris. Nach einer amtlichen französischen Meldung soll heute vormittag eine Vollstzung beider Delegationen stattfinden. Hierzu ist auf deutscher Seite bis zur Stunde noch nichts bekannt, doch glaubt man, daß Reynaldy heute früh der deutschen Delegation eine Einladung überreichen wird. Auch rechnet man für heute mit einer neuverliehenen privaten Zusammenkunft der beiden Delegationsführer. Im Laufe der gestrigen Unterredung hat der französische Handelsminister dem Staatssekretär Trenckelburg gegenüber die Ablösung ausgesprochen, vor der nächsten Vollstzung mit Parlamentarien, besonders mit Mitgliedern der Kommission der Kammer zu verhandeln, was zwischenzeitlich zu sein scheint. Eine Bleuarbeitung ist für heute umso wahrscheinlicher, als Reynaldy über Sonnabend und Sonntag vereinbart wird.

Kommunistenverhaftungen in Athen.

* Paris. Nach Meldungen aus Athen hat die Polizei 30 Kommunisten unter der Beschuldigung des Hochverrats und Autoreiung zum Bürgerkrieg verhaftet.

Die Karabu in Ägypten.

* Cairo. Aus offiziellen Kreisen wird gemeldet, daß gestern stattgefunden dienliche Zusammenkünfte im Verlaufe einer Wahlvorbereitung stattgefunden haben. Bald darauf wurden 200 Soldaten und 100 Polizeibeamte und 2 Soldaten von der Menge schwer mishandelt. Die Polizei mußte schließlich von der Wasserwaffe Gebrauch machen. Drei Männer wurden verwundet, 86 Verhaftungen wurden vorgenommen.

Der Weltpräsident der afghanischen Republik verhaftet.

* New York. (Funkspruch.) Der Negerführer Markus Garvey, der sich Weltpräsident der afghanischen Republik nennt, wurde gestern verhaftet und ins Gefängnis gebracht

Briefflaschen.

Dreijährige treuer Abonnent. Aufwertungsfrage. Wir haben uns mit der bezeichneten Stelle in Verbindung gesetzt und werden nach eingegangener Antwort Näheres bekanntgeben.

Münchritz & Neubestellungen &

auf das Riesaer Tageblatt

nimmt jederzeit an

L. Jordan, Münchritz, Langenberger Str. 24.

Um das Reichspersonalgesetz.

* Berlin. (Funkspruch.) Im Haushaltsausschuß des Reichstages verlangten bei Beratung des Reichsverkehrsministeriums (Büroabteilung) die Vertreter aller Parteien mit Ausnahme der Kommunisten, daß die Reichsregierung dafür sorgen solle, daß die beratende Beratung des Reichsverkehrsministeriums und des Reichsbahnpersonalgeleis regierungsgeleitete Sitzungen erfüllt und die neue Personalverordnung dem Reichstag zur gesetzlichen Verabschiedung unterbreitet wird.

Wie der Vorwärts mitteilt, hat der von der sozial-

demokratischen Reichstagsfraktion eingesetzte Beratungsausschuss

sofort nach Bekanntwerden des Briefes den Reichs-

tagsabgeordneten Bauer erlaubt, bis zur Prüfung der

Angelegenheit sein Reichstagsmandat nicht auszuüben. Bauer hat dem zugestimmt.

Wie der Vorwärts mitteilt, hat der von der sozial-

demokratischen Reichstagsfraktion eingesetzte Beratungsausschuss

sofort nach Bekanntwerden des

Wir bringen in den nächsten Tagen eine Überraschung. Beachten Sie morgen abend unsere Anzeige.

Modenhaus



Ecke Wettiner- und Carolastrasse.

Wir bringen in den nächsten Tagen eine Überraschung. Beachten Sie morgen abend unsere Anzeige.

Dampfbadschänke.



Sonnabend, den 7. Februar
Nacht-Schlachtfest
verbunden mit Bockbierausschank.
Freundlichkeit lädt ein
Emil Zimmer.

Hotel Stadt Dresden.

Sonnabend und Sonntag Ausschank des weltberühmten

Salvator-Bieres
aus der Bäckerl-Brauerei München.
Kraus & Schubert.

Sieberts Restaurant.

Freitag, Sonnabend u. Sonntag
Bockbierfest.
Austreten der bestrenommerten Metropolänger.
Barose: Lachen macht arnfund.
ff. Bockwürstchen. ff. Galeritshüfeln.
Um recht zahlreichen Besuch bitten
Paul Siebert u. Frau.

Konditorei und Café Grube.

Morgen Sonnabend, sowie Sonntag
großes Bockbierfest.
Gute Stimmungsmusik.
ff. Doppelbock. ff. Bockwürstchen.
Um recht zahlreichen Besuch bitten
Otto Grube und Frau.

Forsthaus Gostewitz.

Sonnabend und Sonntag
Bockbierfest.

Winfest, Unterhaltung, ff. Bockwürstchen.

Hierzu lädt ergebent ein H. Boer.

Brauerei-Restaurant Köderau.

Sonnabend, 7., Sonntag, 8., und Montag, 9. Februar

großes Bockbierfest
mit musikalischer Unterhaltung und humoristischen Vorträgen vom "Schönen Arthur".
Getränke und Speisen in bekannter Güte.

ff. Bockwürstchen. ff. Blattkuchen.

Montag 6 Uhr abends Schinken in Brötchen.

Dazu laden freundlich ein Paul Schröder u. Frau.

Auf nach Oberbayern ins Kaffeehaus Finke Lager Zellhain.

Sonnabend, den 7. Februar, von 7 Uhr abends ab die Genüsse eines

Nacht-Schlachtfestes.
Wurstfleisch, ff. Bratwurst mit Sauerkraut.

Sonntag, 8. und Montag, 9. Februar

Münchner Praterfest
— in entsprechend feierlich geschmückten Räumen. —

Gute Stimmungsmusik.

Es laden ergebent ein Arno Hofmann u. Frau.

Täglich Radio-Konzert.

Reichshof Zellhain.

Sonntag, 8. Februar, von 5.30 Uhr an
große öffentl. Ballmusik.
Hierzu lädt freundlich ein Oskar Häbler.

Gasthof Nünchritz.

Sonntag, 8. Februar, ab 6 Uhr

feine Ballmusik.
Herrliche Maskenballdekorations.

Ergebent lädt ein Max Menzel.

Sächsischer Hof

Sonnabend und Sonntag nachm. 4 Uhr

KONZERT

Heute abend öffentl. Maskenball im Hotel Stern. Karten a. d. Kasse ohne Aufschlag.

Kammerlichtspiele

Hauptstr. 1

Von heute ab der hochinteressante Film

Der Tänzerin Tod.

Drama in 5 Akten von E. Vierle.

Dieser Film zeigt uns das traurige Schicksal einer Tänzerin. Schon bei der Geburt wurde sie als Kind eines Barons von ihrer lieblosen Mutter, um sich ihr den Reichtum zu erhalten, verstoßen. Lieblos aufgewachsen, eine berühmte Schönheit, lockt sie die Blüthe. Doch halslos verbringt sie ihr Leben in den Stadtlokalen und endet als Dirne. So hat sie die eigene Mutter dazu gebracht, nur um selbst in Flechtzum zu schwelgen.

Als Beiprogr. der achtstägige Lustspielzoller

Fix u. Fax.

Sonntag von 2 Uhr an

Kinder- und Familienvorstellung.

Um gütigen Aufmarsch bitten die Direktion.

Vereinsnachrichten

Geflügelzüchterverein Riesa und Umg.

Morgen Sonnabend, den 7. 2., abends 8 Uhr Versammlung im Stern.

Reichsbanner Schwarzgold. Sonnabend Be-

teiligung an der Veranstaltung in Canis. Ab-

marc 5.30 vom Albertplatz. — Sonntag

Gautag in Dresden. Stellen 7 Uhr am Albert-

platz, Fahrt mit Postkraftwagen.

Turnverein Riesa. Sonntag, 8. 2., nachm. 4 Uhr

Walterbummel Gasthof Grubnix. Überraschung.

Werkmeister-Verein Riesa-Gröba. Versammlung 7. 2. 8 Uhr.

In dieser Versammlung spricht Kollege Hildebrandt-Dresden über Weien und

Stiele des Deutschen Werkmeister-Verbandes.

Gleichzeitig werden sämtliche Frauen und Jung-

frauen eingeladen betriebs der Dannerweile.

Verein ehemal. Kolonialkrieger und Interessenten.

Sonntag, 8. 2., nachm. 3 Uhr Generalversammlung im Cafe Grube, Holzplatz 2. Getreinen

aller Kameraden u. Interessenten ist ergebent.

Deutscher Werkmeisterbund.

Von Sonnabend, den 7. Februar, findet abends

7.15 Uhr im "Dampfbad" die

erste Hauptversammlung

der neugegründeten Ortsgruppe Riesa statt.

Nach dem getätigten Teil geselliges Zusammensein mit

Familienangehörigen. Kollegen, die sich zur Neu-

aufnahme melden wollen, herzlich willkommen.

Kolleg Kubatz Leipzig spricht über: "Die Ziele

Ortsgruppe Riesa. Der Vorstand. E. Becker.

Damen-, Herren-, Kinder- und Erstlingswäsche

Größe Auswahl in allen Preislagen

Leinen- u. Bälzehaus Adolf Udermann.

Statt Karten!

Für die vielen herzlichen Beweise der Liebe und Ehrung beim Heimgang unseres lieben Vaters, Schwieger- und Großvaters

Herrn Straßenmeister I.R. Franz Moritz

sprechen wir hierdurch unseren aufrichtigen und innigsten Dank aus.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Riesa, Goethestraße 4 und Dresden.

billig zu verkaufen.

Richters Musikhaus

Albertplatz 6.

Motorrad

zu verkaufen. Zu erfragen

im Tageblatt Riesa

Die heutige Nr. umfasst

10 Seiten.

Modenhaus

Gebr.

Riedel

Ecke Wettiner- und Carolastrasse.

Verein Erzgebirger und Vogtländer, Riesa.

Sonnabend, 7. Februar, abends 8 Uhr, findet im Hotel Wettiner Hof unter

Hutzenholm
statt. Die werten Landsleute werden hierzu herzl. eingeladen. Kinder und Gäste haben zu dieser Veranstaltung keinen Zugang. Der Vorstand.

Gesangverein „Cäcilie“ Riesa.

Sonntag, 8. Februar, findet im Hotel Höpner unter

15. Stiftungsfest

bestehend aus Konzert und Ball, statt, wenn die Mitglieder mit ihren werten Angehörigen nicht den geladen. Gäste hiermit nochmals eingeladen werden. Anfang 6 Uhr. Der Gesamtvorstand.

Gasthof Lichtensee.

Sonntag, den 8. Februar
anderer öffentlicher

Maskenball.

Brämierung der schönsten und originellsten Herren- u. Damenmaske. Garderobe im Gasthof. Einlass 6 Uhr. Anfang 7 Uhr. Hierzu laden ein Radfahrerverein Lichtensee und der Wirt.

Jugendverein Poppitz-Mergendorf.

Zu unserem Sonntag, den 8. Februar ab 5 Uhr im Gasthof Mergendorf stattfindenden

Oberbayrischen Bergfest

(Sehnsaftige Verabredenung)

(Herrliche Einfahrstellen) werden alle Angehörigen, sowie geladene Gäste nochmals ergebent eingeladen. Der Geländedich. Erscheint in Moaffa, in völle Trachten des Voaterlands.

Fenster-Putz-Leder!

Eine neue Sendung ist eingetroffen. Bitte überzeugen Sie sich von den äußerst billigen Preisen dieser Prima-Leder! Stück 100 - 170 - 260 Pf.

F. W. Thomas & Sohn

Seifengeschäft, Hauptstr. 69, neben Riesa-Bau.

Apfelsinen.

Eine Ladung große süße Apfelsinen empfiehlt billig frischenweise und ausgezählt

H. Gruhle, Bismarckstr. 35 a, Tel. 652.

Obstbäume

Apfels, Birnen, Pfirsäumen, edle Sorten zu verkaufen. Friedrich Vögl, Pausitz.

Apfelsinen

sehr süße Früchte 20 Stück von 1 Mark an empfiehlt

Herm. Modler

Schulstraße 3. Neue u. wenig gespielte

Pianos

ein ganz neu vorgerichteter Bechstein-Flügel

billig zu verkaufen.

Richters Musikhaus

Albertplatz 6.

Motorrad

zu verkaufen. Zu erfragen im Tageblatt Riesa

H. Bruntöf

Carolastr. 7, 2.

Die heutige Nr. umfasst 10 Seiten.

Deutscher Reichstag.

vda. Berlin, den 5. Februar 1925.
Fortschreibung unseres gestrigen Berichts.)

Aufwertungsfragen.

Abg. Samme (Wirtsh. Vereins) berichtet es, daß durch den Entwurf der Stein der Aufwertungswertung ins Rollen gekommen sei.

Abg. Dr. v. Richthofen (Dem.) beantragt, die in dem Gesetzentwurf enthaltene Kammwohnschrift in eine Mußwohnschrift umzuwandeln, da sonst das erhebliche Ziel nicht erreicht würde. Der Redner fordert gleichfalls die Befristung des Geleches bis zum 30. April. Eine längere Hinausschiebung der Lösung der Aufwertungsfrage sei einfach untragbar.

Rechtsjustizminister Dr. Arentzen wiederholt die bereits im August abgelehnte Erklärung, daß das endgültige Aufwertungsgesetz in drei Wochen den gesuchenden Körpern zugetragen werde. Die Regierung werde in allen Städten der Verhandlung bestrebt sein, die Verabschiedung des Gesetzes zu beschleunigen.

Abg. Dr. Scheiter (Str.) wendet sich dagegen, daß in die Aufwertungsfrage politische Momente hineingetragen werden. Die von den Sozialdemokraten beantragte Aufhebung der Verordnung vom 4. Dezember lehnt der Redner ab, er nimmt aber den demokratischen Antrag an, die Kammwohnschrift in eine Mußwohnschrift zu verändern.

Abg. Seiffert (Nat.-Soz.) erklärt sich für den Gesetzentwurf, damit endlich einmal eine gewisse Gleichförmigkeit eintrete.

Abg. Dr. Steiniger (Dv.) erklärt, es handele sich hier nicht um eine Frage der Parteipolitik, sondern nur um eine Frage der Gerechtigkeit und Billigkeit. Die Deutschnationalen wollten die Regierung in der Aufwertungsfrage unter hydrostatischem Druck halten, gerade im Hinblick auf den Gegendruck der wirtschaftlichen Spitzenverbände. Auf den Wahlkampf wolle er nicht eingehen, aber die deutchnationalen Anhänger wüssten genau, daß sie etwas Positives zu erwarten hätten. Der Redner erklärt, daß seine Fraktion für den demokratischen Antrag auf Umwandlung in eine Mußwohnschrift stimmen werde.

Abg. Hölslein (Komm.) wirft der Rechten Demagogie in der Aufwertungsfrage vor. Die Aufwertung der Schwerindustrie auf Kosten der Allgemeinheit sei ein Staatsverbrechen.

Abg. Stroebel (Soz.) fordert, daß die Deutschnationalen, die anhiebend nicht wußten, was sie wollten, endlich mit ihren Vorschlägen verabkommen. Die Mittel für die Aufwertung müssten von den Besitzenden der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei aufgebracht werden. Auf diese Parteien sei darum der hydrostatische Druck auszuspielen.

Damit ist die erste Beratung erledigt. In der zweiten Beratung wird zunächst abgestimmt über den sozialdemokratischen Antrag, die Verordnung des Reichspräsidenten vom 4. Dezember aufzuheben. Die Abstimmung ist unanständig.

Der Antrag wird, wie wie bereits gestern gemeldet haben, mit 235 gegen 144 Stimmen bei einer Enthaltung abgelehnt.

Der Gesetzentwurf wird dann angenommen mit der von den Demokraten beantragten Umwandlung der Kammwohnschrift. Angenommen wird auch die Befristung des Geleches bis zum 30. April.

Der Gesetzentwurf wird dann auch in dritter Beratung und in der Schlusshälfte einstimmig angenommen.

Das Haus verläßt sich.

Freitag 1 Uhr: Reichsarbeitsministerium.

Schluß 1,5 Uhr.

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei wählte gestern durch Zuruf einstimmig den bisherigen Vorstand wieder und erweiterte ihn durch Zuwahl von 4 Mitgliedern. Der neue Vorstand sieht sich demzufolge folgendermaßen zusammen: Vorsitzender Dr. Scholz, Stellvertretender Vorsitzender Dr. Curtius, Rempkes, Dr. Bap, Geschäftsführer Wiorow, Bevollmächtigter Dr. Becker, Bevollmächtigter Dr. Halle, Dr. Döpp, v. Kudorff, Frau Mende, Dr. Knutel, Thiel, Werner, Winnicke.

Deutschlands Steuerlast.

WW. Die Redde des Reichsfinanzministers von Schlesien über die voransichtliche Belastung des deutschen Reichshaushaltes, der mit 6 Milliarden jährlichem Steuereinkommen rechnet, hat vor allem in der französischen und englischen Presse ein merkwürdiges Echo gefunden. Diese Angabe wird zum Gegenstand hämischer Bemerkungen gemacht, etwa in dem Sinne, daß Deutschland für den Kopf der Bevölkerung weniger Steuern aufbringe als das edelmäßige Frankreich und das selbstlose England. Zum Beweis wird auf die Tatschrift des früheren britischen Schatzkanzlers Snowden verwiesen, der für England eine Belastung von fast 16 Pfund, für Frankreich eine solche von 7 Pfund und für Deutschland eine solche von 4 Pfund berechnete. Alles für den Kopf der Bevölkerung. Nun aber sind in der Reichssteuerlast von 6 Milliarden die Steuern, die Länder und Gemeinden von fast 1,5 Milliarden Markt erheben, nicht enthalten. Der englische Haushalt schlägt in Einnahmen und Ausgaben mit je 16 Milliarden Markt, der Frankreichs in der Einnahme mit etwa 6,2, in der Ausgabe mit 5 Milliarden Markt ab, sodass sich ein Betrag von 1,8 Milliarden Markt ergibt. Das daraus bei der geringen Bevölkerungszahl in England und Frankreich eine weit höhere Steueroptimalität zu berechnen ist, trifft zu. Allein damit ist noch nicht gezeigt, daß die wirkliche Steuerlast, die England und Frankreich zu tragen haben, die Deutschlands erheblich übersteigt. Würde beispielsweise das Volkseinkommen berücksichtigt, das für England 55, für Frankreich 42, für Deutschland aber nur 28 Milliarden beträgt, so käme an sich schon ein ganz anderes Bild heraus. Das Durchschnittseinkommen des Englands beträgt danach fast 1200 Mark, das des Deutschen aber nur 420 Mark. Wenn England also auf Grund des Haushalts von 1925 auf den Kopf 223 Mark Steuern erhebt, so macht das etwa 27 vom Hundert des Durchschnittseinkommens aus. Im gleichen Verhältnis hat Deutschland bei einem Durchschnittseinkommen von 420 Mark auf den Kopf der Bevölkerung 120 Mark Steuern zu zahlen, was 28% vom Hundert ausmacht. Es kommt aber in Betracht, daß im englischen sowohl als auch im französischen Haushalt ein durchlaufender Posten vorhanden ist, der im deutschen Reichshaushalt fehlt. England gibt für den Schuldenstand jährlich 7 Milliarden Pf. aus, die im Gesamthaushalt von 16 Milliarden aufgeschoben sind; in Frankreich sind es annähernd 8 Milliarden Mark. In dem einen wie in dem anderen Fall kommt der gesamte Betrag der Wirtschaft wieder zu als feste Kapitalrente, die also für die Wirtschaft und für das Volkseinkommen eine Einnahme und nicht eine Ausgabe bedeuten. Es ist nicht nur im Gutachten des Finanzausschusses behauptet worden, daß Deutschland sich durch das Einschränken seiner Au-

landsschuld einen finanziellen Vorteil verschafft habe. Volkswirtschaftlich und finanzpolitisch gleichen liegen die Dinge eben so, daß die Weichswemmung des in den Anteilen angesetzten mobilen Kapitals nicht eine Entlastung, sondern eine Belastung ist, die sich äußerst ungünstig im Verlust einer Jahresrente von 5 Milliarden Goldmark für das Volkseinkommen ausdrückt. Es bleibt also dabei, daß die Steuerbelastung für den Kopf der Bevölkerung in Deutschland verhältnismäßig heute schon viel höher ist, als in England oder in Frankreich. Für Deutschland selbst ergibt sich daraus der Zwang, den Ertrag seiner Wirtschaft unter allen Umständen zu steuern, annual jede Übersteuerung die Substanz der Wirtschaft wegschmetzt, ohne daß sie sich selbsttätig ergänzt. Künftige Hemmungen, wie etwa durch Aufzwingung des Washingtoner Abkommens, die Mehrleistung zu verhindern, kann Deutschland nicht ertragen, weil dadurch das Volkseinkommen noch tiefer sinken müßte.



Eduard von Gebhardt †.

Der weitberühmte Altmeister der religiösen Malerei, einer der letzten bedeutenden Vertreter der naturalistischen Geschichtsmalerei, Prof. Dr. Eduard von Gebhardt, ist, wie wir bereits meldeten, im Alter von 86 Jahren in Düsseldorf gestorben.

Politische Tagesübersicht.

Der Reichspräsident gab gestern abend zu Ehren des diplomatischen Korps ein Essen, an dem die Chefs sämtlicher Berliner Missionen, der Reichsampler Dr. Luther, der Reichstagspräsident Voelbe und die Reichsminister mit ihren Damen teilnahmen.

Keine Rückverlegung der Infanterieschule nach München. Wie wir erfahren, wird die von der britisches Regierung geforderte Rückverlegung der Infanterieschule nach München vom Reichswehrministerium weiterhin abgelehnt werden. Bei dieser Frage machen sich neuerdings auch rechtssachliche Gesichtspunkte geltend, da Dresden als Sitz der Schule sich weit geeigneter erweisen hat als die bayerische Hauptstadt. Auf der anderen Seite glaubt das Reichswehrministerium in anderen Fragen den bayerischen Bürgern mehr Einigkeitsergebnisse zeigen zu können.

Botschafter Wiedfelds Abreise. Aus New York wird gemeldet: Nach dem "American" reiste Botschafter Wiedfeld gestern nach Deutschland ab.

Dr. Karl Regenborn †. Das Vorstandsmitglied der Deutschnationalen Volkspartei, Regierungsdirektor Dr. Karl Regenborn, ist am Mittwoch verstorben. Er war lange Jahre hindurch Vorsitzender des Landesverbandes Niedersachsens der Deutschnationalen Volkspartei und seit 1917 des preußischen Landtags.

Fünf Jahre Reparationsleistungen. Frankreich und Luxemburg haben nach der Art. 8a. v. 1. September 1919 bis zum 1. September 1923 von Deutschland an Reparationszahlungen - also 52963000 Tonnen erhalten. Der Verkauf der Kohlenmenge brachte der französischen Staatskasse 375 Millionen Franken ein. Der durchschnittlich erzielte Preis beträgt 71 Francs pro Tonne.

Die Beleidigungsbedrohen verbieten den Karneval. Die bayerische Kommandantur hat der Stadtverwaltung von Sternade alle karnevalistischen Veranstaltungen, das Tragen von Abzeichen, das Sprechen und Singen von Geschichten und Liedern karnevalistischen Charakters und das Tragen von Masken aus karnevalistischen Vergnügungen verboten.

Die beabsichtigte neue Heeresreform in Italien. Nachdem fast alle Generale, die im Senat sitzen, in irgend einer Weise anzeigen haben, daß sie gegen die neue Heeresreform des Kriegsministers sind, gibt die offizielle Presse zu verstehen, daß die Regierung bei der Befreiung dieser Frage nicht die Vertrauensfrage stellen werde, das heißt mit anderen Worten, daß die Regierung die Heeresvorlage sowie ihren Urheber, den Kriegsminister ihrem Schild überlassen wolle. In politischen Kreisen denkt man daher wieder an die Entlassung des Kriegsministers. Man glaubt, daß Mussolini vielleicht seinen langen gebeten Plan durchführen werde, die Marine- und die Heeresleitung unter einem einzigen Wehrminister zu vereinen.

Parker Gilbert in London. Der Generalagent Parker Gilbert ist nach London gekommen zur Teilnahme an einem Bankett zu Ehren Kellogs. Er wird bei dieser Gelegenheit wie der diplomatische Korrespondent des Daily Telegraph erklärt, mit dem britischen Schatzamt und den leitenden britischen Bankiers gewisse Punkte des Reparationsproblems erörtern.

Wihersol Jagul Palsha. Nach einer Havasmeldung aus Kairo hat die Wahl des Ausschusses, der die Abgeordneten der ägyptischen Kammer ernennen wird, einen ungeheuren Verlauf genommen. Jagul Palsha wurde nicht gewählt, da ihm gegenüber seinem Gegner eine Stimme fehlte. Trotzdem ist es möglich, daß Jagul Palsha in die Kammer als Abgeordneter gewählt wird.

Die Verurteilung des Generals v. Rathenau abgewiesen.

Paris. Die Strafkammer des Kassationsgerichtshofs, die gestern die Verurteilung der Revision des Generals v. Rathenau gegen das vom Kriegsgericht in Ville gegen ihn ergangene Urteil ausgesprochen hat, hat sich auf folgenden Standpunkt gestellt: Der Verteidiger des Generals v. Rathenau Advoat Moriat erklärt, die An-

sammensetzung des Kriegsgerichts sei nicht nach den bestehenden französischen Gelehrten erfolgt. Der Ankläger sei General; er hätte also nur von einem aus Generälen bestehenden Gerichtshof verurteilt werden können. Der Generalstaatsanwalt erklärt, die Einwände seien nicht haltbar, da sich General v. Rathenau ein Besehen gegen das gemeinsame Recht habe zu Schulden kommen lassen; deshalb sei er wie ein einfacher Zivilist behandelt worden, da er ja kein Kriegsgefangener sei. Unter diesen Umständen müsse die Revision zurückgewiesen werden. Der Kassationsgerichtshof habe sich auf diesen Standpunkt gestellt und die Einwände für nicht annehmbar erklärt.

Wehrpflicht in Ungarn bevorstehend.

Budapest. In der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung erklärte zu dem Antrag des Finanzministers die Regierung mögliche Schritte unternehmen, daß anstelle des Söldnerheeres die Wehrpflicht eingeführt werde, der Landesverteidigungsinstitut, auch die Regierung finde die Bestimmung des Vertrages von Trianon, der Ungarn zu Haltung eines Söldnerheeres verpflichtete, als nicht im Einklang mit der Lage des Landes stehend und sei befreit den Börsenbund und die Großmächte davon zu überzeugen. So auch der Minister dem Antrag zustimmt, wird er vom Hause angenommen. Zu dem weiteren Antrag des Finanzministers, die Regierung mögliche Schritte unternehmen, daß keine neue Munitionsfabrik errichtet, es handele sich auch hier um eine im Vertrag von Trianon Ungarn auferlegte Verpflichtung. Die ungarische Regierung sei der Ansicht, daß es dem Vertrag vorauskommt entsprechende Fabriken unter elauheitlicher Leitung stehen, daß es also nicht notwendig sei, eine besonders Fabrik zu errichten. Die Regierung werde diesen Standpunkt auch weiterhin vertreten. Der Antrag wird ange nommen.

Dänemarks Rolle in der Vorkriegsgeschichte.

Bei den deutsch-dänischen Verhandlungen 1904–1907.

(Von unserem Kopenhagener Vertreter.)

Historisch hat der Hamburger Historiker Dr. Karl Alnor vor einiger Zeit im "Schleswig-Holstein" ein Bild der diplomatischen Verhandlungen zwischen Deutschland und Dänemark gegessen die von Ende 1903 bis Anfang 1907 geführt wurden und in dem bekannten Optantenvertrag resultierten. Alnos Darstellung ließ H. P. Hansen's Behauptung, Deutschland hätte während des Krieges sich wiederholt mit dem Gedanken einer Beleidigung Dänmarks getragen, in sehr zweifelhafter Weise erscheinen. Da aber gerade die Ausführungen H. P. Hansens im Ringen um die dänische Abteilung und weiterhin um die innenpolitische Macht zwischen Nationalisten und Sozialdemokraten ein wichtiges Argument sind, ist es nicht übertrieben, daß versucht wird, Alnos Darstellung zu widerlegen. Es ist der dänische Politiker und "Heilscharzenführer" von Tondern, R. P. Rosén, Bankdirektor von Kopenhagen, der sich dieser schwierigen Aufgabe unterzieht.

Aus Geschichten mit dänischen Politikern, die in augenpolitischen Dingen bewandert seien, stellt Rosén den weltpolitischen Hintergrund für die erwähnten deutsch-dänischen Verhandlungen zusammen. Nachdem er darauf vorwirkt, daß die englischen Annexionserwerbungen der Jahre 1890–1901 an dem alten Lieblingsgedanken Wilhelms II., nämlich einer Wiederholung von Napoleon's Westlandskoalition (Rosén lädt: Kontinentalliga) mit Einschluß Frankreichs und Russlands gegen England gehemmt seien, und einer ausgesprochen deutschindischen Politik Platz gemacht hätten, führt er fort: „In der letzten Zeit ist behauptet worden, daß Deutschland mit dem Beginn des russisch-japanischen Krieges 1904–05 verhängt gewesen ist, wodurch Russland geschwächt wurde und in deutsches Kiewasser gelangte.“ Dagegen sei es dem Kaiser nicht gelungen, Frankreich mit Gewalt in den Westlandsdienst hinzuziehen. „Unterdeien“, schreibt Rosén, „ist man Vorbereitungen, um im Falle eines Krieges die dänische Flotte und den Dardanellen zu schließen und so die englische Flotte von der Silden fernzuhalten.“ Kaiser Wilhelm besuchte den Jaren im finnischen Schären, und am 24. Juli 1905 wurde zu Borga der Traktat zwischen Russland und Deutschland geschlossen, der jetzt veröffentlicht wurde und das größte Aufsehen erregte, da er darauf hinausließt daß deutsch-russische Truppen im Falle eines Krieges Kopenhagen und andere Plätze an dem Sunde und an den Bällen besetzen sollten. Dieser geheime Traktat trat niemals in Geltung...

Ein Glied des Paktes war, daß Kaiser Wilhelm den alten König Christian IX. von dem Schild unterrichten sollte, das Dänemark zugedacht war, und diese Aufgabe führte er im Sommer 1905 während eines Besuches in Kopenhagen aus, von dem er „Sohn des Händlers“ zurückkehrte. Was der alte König bei dieser Enttäuschung gefühlt hat, kann man sich denken. Eine Art Kloster sollten die von deutscher Seite schon beabsichtigten Ereignisse in der Optantenbearbeitung sein, möglicherweise mit der Ausübung einer kleineren Grenzregulierung im nördlichen Schleswig zum Vorteil von Dänemark... Deshalb erhielt der Unterstaatssekretär Maizahn 1905 den Auftrag, sich an den damaligen nordschleswigschen Reichstagmann in Berlin, Redakteur Jensen, zu wenden mit der Andeutung von Deutschlands Willigkeit, über einen Optantenvertrag mit Dänemark zu verhandeln, der ja besonders großes Interesse für die dänischen Nordschleswiger hatte, und diese Verhandlungen wurden nach dem Tode Jenseins im folgenden Jahre mit Rektorat H. P. Hansen, der Jenseins Nachfolger geworden war, fortgesetzt...

Aber im Laufe dieses Jahres sei es klar geworden, daß Wilhelms II. Plan der Westlandskoalition gestrandet sei. Deutschland habe daher kein Interesse mehr gehabt an einer Befreiung des Verhältnisses mit Dänemark und daher an dem Optantenvertrag. So hätte sich Dänemark im Interesse der Nordschleswiger den hartten Bedingungen des Vertrages: Anerkennung der Aushebung des § 5 und beiderseitige Verpflichtung, für Ruhe in der Grenzfrage zu sorgen, beugen müssen. Es sei nicht Unüberlegtheit der dänischen Regierung gewesen, sondern eine Folge der großpolitischen Verhältnisse, daß die leichtere Bestimmung angenommen wurde, die Deutschland die Möglichkeit zur Einnahme in die dänische Innopolitik gab. Deutschland war nicht länger Dänemarks Freund, und deshalb ist es schwierig, Alnor in der Betrachtung zu folgen, daß man sich in Dänemark auf ein „Ehrenwort“ hätte verlassen sollen, das mehr galt als geschriebene Traktate, die sich allerdings als ein „Lappen Papier“ zum Zeichen erwiesen hätten.“

Inwieweit diese etwas phantastisch klingende Schilderung bei deutschen und dänischen Historikern Anerkennung finden wird, sei dahingestellt. In Verbindung mit der neuen „Grenzbewegung“ hat sie jedoch ihr Interesse.

Frankfurter Rohstoffwirtschaft

vda. Berlin. „Der Wiederaufbau der Kohlenbergwerke im französischen Reparationsgebiet Nord und Pas-de-Calais“. Unter diesem Titel hat H. van Bowicx eine mit einer reichlichen Quellsammlung versehene Schrift erscheinen lassen, die im systematischen Aufbau beweist, daß eine Bemächtigung des Rechtes des deutschen Volkes bei den französischen Reparations-Kohlen-Zwangslieferungen seit Jahren stattgefunden hat. Die Schrift delegt zahlenmäßig, daß die Saarbrücker Kohlengruben schon an Deutschland hätten zurückgegeben werden müssen, sie deckt Verschiebungen in der französischen Kohlenstatistik auf, die offenbar dazu dienten, die Begründung für die Ruhrbesetzung zu schaffen. Sie beweist ferner, daß die französische Kohlensförderung im französischen Reparationsgebiete im Jahre 1922 rund 1,5 Millionen Tonnen höher gewesen ist, als französischerseits statistisch zugegeben wird und daß somit die Ruhrbesetzung, die unter anderem mit einer Fehlmenge an den deutschen Reparations-Kohlenlieferungen begründet wurde — in raffinierter Form vorbereitet — zu Utrecht erfolgt ist. Es ist ein besonderes Verdienst des Verfassers, in mildester Kleinarbeit diese Waffe im geistigen Rückzug der guten deutschen Sache geliefert zu haben. Möchten alle Deutsche, wie er auch im Vorwort schreibt, immer mehr zur Überzeugung gelangen, daß das Beste ihre beste Waffe ist und deshalb davon auch den weitesten Gebrauch machen. Denn erst dann, wenn das uns Deutschen angefügte bittere Utrecht wieder gutgemacht ist, werden die Alänge: „Friede auf Erden allen Menschen, die guten Willens sind“ wieder Sinn und Wirkung haben.

Die Arbeit enthält überdies allgemein wissenschaftliche Darlegungen über die französische Hüttenindustrie und deren Voldverteilungssystem (Pereauation, die Ausfuhrprämie, Scof, Orea) über das Comité des Forges und dessen Verhältnis zu den französischen Giechereien und endlich über die Elektrizitätswirtschaft in dem in Rede stehenden französischen Gebiet. Die Schrift ist erschienen bei Wilschelm Knapp, Verlagsbuchhandlung Halle (Saale) Mühlweg 10.

Übermaß ein Gemeinratspräch.

Der Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik verurteilte gestern den Schriftleiter Louis Karl Prechler aus Halle wegen Vorbereitung zum Hochverrat in vier Fällen und ergehangt genau das Prechler zu einem Jahre neun Monaten Gefängnis und 200 Mk. Geldstrafe. Der Angeklagte war vom Mai bis Juli 1924 verantwortlicher Redakteur des *Klassenkampf* und veröffentlichte eine Melbe von Artikeln, die der Vertreter der Anklage als eine wahre Fabrik des Hochverrats bezeichnete. So wurde in einem Aufsatz offen zum Bürgerkrieg aufgefordert. In einem anderen Artikel wurde der Regierung Mordbehebung gegen die R.V.D. vorgeworfen und behauptet, sie bediene sich dann solcher Spitzel wie Haarmann.

Bemühtes.

Sahltreiche Bergarbeiter schwer verwun-
det. Aus Rom wird gemeldet: In einem Brau-
kohlenbergwerk bei Grosseto ereignete sich in der ver-
gangenen Nacht gegen 1 Uhr, während eben die erste Ar-
beitschicht die Stollen verließ, eine Gasexplosion, durch
die 18 Arbeiter vielfach schwere Brandwunden erlitten.
Vor kurzem haben in demselben Bergwerk auf die gleiche
Art zwei Arbeiter das Leben eingebüßt.

Zehn Zollbeamten ihres Dienstes ent-
hoben. In der Angelegenheit des Spritschiebers Weber
sind zehn Zollbeamte, die verschiedenen Berliner Zoll-
ämtern angehören, mit sofortiger Wirkung ihres Dienstes
enthoben worden.

Explosionen in einer italienischen Kirche
In der Kirche eines großen Dorfes bei Piacenza entstand nach dem Weßaggero ein Brand in der Sakristei, der auch auf den Dachstuhl übergriff. Während der Löscharbeiten fanden mehrere Explosionen von Handgranaten und Gewehrpatronen statt. Es konnte festgestellt werden, daß ohne Wissen der Geistlichkeit der Speicher über der Sakristei als geheimes Munitionslager benutzt worden war.

Entfütungen und wieder festgenommen. Aus dem fahrenden Buge sprang zwischen Mariendorf und Bahnhof Papestraße vorgestern der Gefangene Wilhelm Wieckle, der aus dem Gerichtsgefängnis zu Baruth nach Berlin gebracht werden sollte, um wegen mehrerer Straftaten verhört zu werden. Beamte der Streifmannschaft konnten ihn gestern in der Badstraße, wo er sich mit seiner Geliebten traf, wieder festnehmen.

Verhaftung einer Falschspielerbande
Gelegentlich einer Fremdenkontrolle im "Spielerberger-
hof" in Warnsdorf wurde von Polizeiorganen durch
den Gastwirt in Erfahrung gebracht, daß unter den Gästen
ein Falschspieler sich befindet, der noch am selben Abend
in der Person des vorbestraften 36 Jahre alten Stein-
glasdruckers Franz Menzel aus dem Bezirke Turnau sicher-
gestellt werden konnte. Als seine Komplizen wurden der
42 Jahre alte stellenlose, vorbestrafe Agent Rudolf Stala
aus Gablonz und der 31 Jahre alte stellenlose, ebenfalls
vorbestrafe Parkettleger Anton Worschek aus Glashütten
bei Plan ermittelt. Diese drei sind, wie durch die weit-
eren polizeilichen Erhebungen sichergestellt erscheint, be-
reits beschäftigt in Warnsdorf gearbeitet worden, haben
jeweils im "Deutschen Hause" genächtigt und von dort
aus ihre Einführung in gewisse Gasthäuser angetreten.
Nach Art der Bauernfänger besuchten sie die Gasthaus-
besucher zum Spielen zu verleiten. Sie singen mit recht
harmlosen Kartenspielstücken an, gingen zum Erraten einer
Karte (mit Gelbeinsatz) über und forderten, wenn die
Stimmung vorbereitet war, zu einem "Spielchen" auf.
Menzel war der eigentliche Spieler, dem die beiden an-
deren, die sich unter die Gäste mischten oder bereits
früher im Lokale erschienen waren, sekundierten, indem
sie die Gäste ansetzten, ihr "Glück" zu versuchen. Um
seine Misstrauen aufzulösen zu lassen, gaben die Falsch-
spieler zu Beginn kleinere Einsätze preis, die sie sich, so-
bald das Spiel imuge war und höhere Beträge gewagt
wurden, vielfach wieder zurückholten. Das Konsortium
hat nicht nur in Warnsdorf, sondern im ganzen nörd-
lichen Böhmen, von Gablonz bis Bodenbach, berümsmäßig
das Falschspiel betrieben und sogar auf den Bürgen die
Reisenden "gerupft". Es wurde auf Teilung gespielt.
Ob zwar die drei ihr Einvernehmen und die Bekanntschaft
miteinander zu leugnen versuchten, konnten sie aus auf-
gefundenen Briefschaften und Karten doch der gemein-
samen Heitligeret überviezen werden. Der Warnsdorfer
Polizei ist mit der Festnahme dieser Falschspieler, die dem
Bezirksgerichte eingeliefert wurden, ein guter Fang ge-
lungen.

Amerikas Interesse am deutschen Motor-
schiff. Die Morgenzeitungen bringen bereits Melbungen
über die Reise des Rottoschiffes. Die Zeitung *World*
unterstreicht die Bedeutung dieser Fahrt. Das Blatt druckt
eine Washingtoner Mitteilung des Handelsministeriums
ab, wonach die Havay zehn Rottoschiffe bestellt habe.
Die Fahrt des Schiffes wird hier mit Interesse verfolgt,
da das Motorboot im Publikum äußerst populär ist.

Wußfahrung im Altertum. Bei neuen Ausgrabungen in Mesopotamien wurden interessante Funde gemacht, die besunden, daß die Juden selbst 20 Jahrhunderte vor Christi Geburt tüchtige Geschäftsleute waren. Es wurden Tontafeln gefunden, die nur mit unseren modernen Geschäftsbüchern zu vergleichen sind. Schön äußerlich war die Ein- und Aufteilung des Raumes auf den Tafeln den Seiten eines Hauptbuches gleich; Linien durchzogen sie quer- und längsweise. Hier fanden sich die Abgaben der Landbewohner und Bauern an Rorn, Öl, Butter, Milch und Käse an den Mondgott, und ebenso die an die Diener des Tempels verzeichnet. Die kleinste Kleinigkeit wurde unter dem Datum des Tages gewissenhaft verbucht, und ein monatlicher Rechnungsbeschluß gemacht; denn die Sumerer waren routinierte Geschäftsleute, die streng darauf sahen, daß ein jeder Staatsangehöriger regelmäßig seinen Zehnten ablieferte.

Sachsen und der Barmat-Sandal.

Dresden. (Funkspruch.) Die Nachrichtenstelle der Staatskanzlei teilt amtlich mit: Ein Bericht der "Börsenzeitung" behauptet, daß die im Jahre 1920 zwischen der sächsischen Regierung und der Firma Wermat in Auerbach getätigten Geschäfte durch Vermittlung des damaligen Ministerpräsidenten Buck erfolgt seien. Diese Behauptung ist unrichtig. Am 6. November 1920 beschloß das Gesamtministerium die Bewilligung eines außerplanmäßigen außerordentlichen Kredits von 75 Millionen an das Wirtschaftsministerium zum Ankauf von Lebensmitteln. Dieser Beschluß ist dann am 19. November 1920 bestätigt worden. Eine weitere Bestätigung in irgend einer anderen Form hat durch den Ministerpräsidenten Buck nicht stattgefunden.

Kunst und Wissenschaft.

Opernsängerin Dora Mörbig †. Dora Mörbig, Mitglied des Chores der Dresdner Staatsoper, ist nach schwerem Leiden gestorben. Als erster Knabe in der "Zauberflöte" hatte sie, mit Angela Kolntak alternierend, durch den Bleibatz ihrer Stimme und ihrer Erscheinung erstmals auch tollistisch Aufsehen erregt. Ohne Zweifel ist mit ihr ein einzigartiges Gesangstalent bedauerlich früh verloren gegangen. Sie studierte Gesang bei Luisa Ottermann.

Im Dresdner Centraltheater findet am 10. d. M. die Erstaufführung der Strauß'schen Operette „Die Perlen der Kleopatra“ mit Fritzi Massary in der Hauptrolle statt, und zwar unter persönlicher Leitung des Komponisten Oskar Strauß.

Gerichtsjaal.

Berurteilung wegen versuchten Raubmordes. Am gestrigen Donnerstag hatte sich der Kastenwagenfahrer Johannes Kosmela aus Schneidemühl, zuletzt in Leipzig wohnhaft, wegen versuchten schweren Raubmordes vor dem Schwurgericht Leipzig zu verantworten. Am 8. September 1924 in den Abendstunden überfiel der Angeklagte in einem Bäckereiladen der inneren Stadt die Verkäuferin und versuchte ihr die Tageskasse zu rauben. In einem unbewohnten Augenblick zog er aus seinem Rode ein mitgebrachtes Beil und schlug mehrere Male auf die Verkäuferin ein, so daß sie mit schweren Kopfverletzungen und blutüberströmmt zusammenbrach. An den Folgen des Überfalls hat sie noch heute zu leiden. Der Angeklagte war geständig. Die Geschworenen bejahten die Schuldfrage an versuchten Raubmord und verurteilten Kosmela zu 6 Jahren Zuchthaus, 5 Jahren Ehrenrechtsverlust und Stellung unter Polizeiauffüllt.

Ein großangelegter Fahrtkarten-Schwindel. Vor dem Chemnitzer Gericht hatte sich ein gerissener Fahrkartenschwindler in der Person des 24jährigen Elektromonteurs Paul Erich Seiffert aus Chemnitz zu verantworten, dem es gelungen war, in zahlreichen Fällen die Reichsbahnen um ganz beträchtliche Summen zu schädigen. Seit langerer Zeit stellte die Verkehrskontrolle I in Dresden fest, daß verschiedene vom Mitteleuropäischen Reisebüro ausgestellte Fahrtscheine zweiter Klasse nicht mit den Stammkarten übereinstimmten. Die Stammkarten lauteten stets nur über eine Person, die Fahrtscheine aber waren durch geschickte Radierung auf mehrere, bis zu sechs Personen abgeändert worden. Der Verdacht lenkte sich zuerst auf einen Angestellten des Reisebüros, bis man dem Schwindler auf die Spur kam, der auf grohem Fuße lebte, ohne einen festen Verdienst zu haben, und durch die Vertretung eines Amsterdamer Hauses zu häufigen Reisen gezwungen war, auf die er meist seine Braut mitnahm. Nachweisbar hat er auf diese Weise einen für eine Person ausgestellten Fahrtschein von Chemnitz nach dem wenige Kilometer entfernten Glöha in einen solchen für vier Personen von Chemnitz nach Stettin und zurück, einen anderen von Chemnitz nach dem Nachbarten Limbach in einen solchen für drei Personen nach Leipzig und zurück, einen weiteren für eine Person nach Vorort Einsiedel in einen solchen nach Einsiedel und zurück für sechs Personen und endlich einen Fahrtschein für eine Person auf die belangl. Strecke Chemn.—Glöha in einem solchen Chemnitz-Amsterdam (2. Klasse) umgeändert. Der vielversprechende Angeklagte wurde dem Schöffengericht aus der Untersuchungshaft vorgeführt; es ist gegen ihn, der im In- und im Auslande schon des öftern mit dem Strafgesetz Konflikt gekommen ist, ein kurzzeit noch nicht rechtskräftiges Urteil wegen Hehlerei aus Auslandsbriefen gestohlen Devisenscheids über ein Jahr neun Monate Buchthans ergangen, und andere Strafsachen halten ihn noch weiter in Untersuchungshaft. Er suchte anfangs zu leugnen in Abstützung des sensationellen Umstandes, daß nach einem Berhör in der Voruntersuchung plötzlich die Prozeßakten spurlos verschwunden waren. Sein Bezeugen half ihm aber nichts; er wurde einwandfrei überführt und wegen schwerer fiktiver Urkundensälfitung in Tateinheit mit Betrug in vier Fällen zu weiterem $\frac{1}{2}$ Jahr Gefängnis verurteilt.

Goldschiebung nach dem Auslande. Die große Strafammer verhandelte gegen den Drahtkürkensfabrikanten Emil Weiß in Stockholm. Der Angeklagte betrieb früher Freiberg in der Jägerkaferne eine Drahtkürkensfabrik. Er hat während dieser Zeit Vermögenswerte nach Schweden geschickt. Vom Finanzamt Freiberg erhielt er deswegen einen Strafbeschluß zugestellt. Gegen diesen Strafbeschluß hatte der Angeklagte gerichtliche Entscheidung beantragt. Das gemeinschaftliche Schöffengericht Freiberg hatte den Angeklagten wegen unbefugter Versendung von Zahlungsmitteln nach dem Auslande zu einer Geldstrafe von 2000 Goldmark verurteilt. Die Vermögenswerte, auf die sich die Strafe bezieht, wurden zugunsten des Reiches für verfallen erklärt. Für den Fall, daß die Einziehung sich nicht durchführen läßt, hat der Angeklagte eine Ersatzstrafe von 1900 Goldmark zu leisten. Gegen dieses Urteil hatte der Angeklagte Berufung eingelegt. Vom Gericht wurde die Berufung verworfen, mit der Mahnung, daß bei Strafausführung keine Ausnahme gemacht werden dürfe.

Handel und Volkswirtschaft.

Gesamtbewohlungsbreitwinkel. (Mitteilung des österreichischen Statistischen Landesamtes). Nach den Preiseinfeststellungen vom 4. Februar 1925 sind vom Statistischen Landesamt folgende Indexziffern der Lebenshaltungskosten (1913/14 = 100) berechnet worden: Gesamtindex (für Ernährung, Beleuchtung, Wohnung und Bekleidung) = 127,5. Gesamtindex ohne Bekleidung = 125,8. Am 28. Januar 1925 betrug der Gesamtindex mit Bekleidungskosten 126,5 und ohne Bekleidungskosten 124,6. Vom 28. Jan. bis 4. Februar 1925 sind mittags die Preise der bei der Leiterungsstatistik berücksichtigten Güter um 0,8 bezw. 1,0 u. 0 gestiegen.

Eröffnung der Danziger Messe. Die gestern eröffnete dritte Danziger Internationale Messe weist trotz der schwierigen Wirtschaftslage und trotz des von polnischen Wirtschaftsverbänden stark propagierten Boykotts eine überraschend gute Besuchszahl auf. Über 500 Firmen aus 12 verschiedenen Ländern sind an der Messe beteiligt, in der Hauptsache die Textilindustrie, Schuh- und Lederverarbeitungsmittel- und die technische Industrie. Naturgemäß hat die Boykottbewegung starken Einfluss auf den Besuch der Messe, da die Besucher speziell von den neuen polnischen Gebieten und Kongreßpolen gestellt werden. Am heutigen ersten Tage war der Besuch als schwach anzusprechen, und demzufolge kam auch nur ein schwaches zurückhaltendes Geschäft zustande. Der Verlauf des ersten Messetages war uneinheitlich und zeigte abwartende Tendenz. Für Freitag und Sonnabend haben sich u. a. die russischen Handelsvertreter aus Warschau und Berlin angemeldet. Schon am heutigen Tage traten nicht nur Danziger und polnische Firmen als Käufer auf, sondern auch deutsche und baltische Händler. Bemerkenswert war auch das Erscheinen amerikanischer Kaufleute auf der Danziger Messe, die sich speziell für Leder- und chemische Erzeugnisse interessierten.

Au der Berliner Börse war am Donnerstag das Geschäft im ganzen zwar nicht sehr lebhaft, aber die Tendenz war fest. Dazu hatte beigetragen die Entspannung des Weltmarktes und Hoffnungen, die man auf einen günstigen Fortgang der Pariser Handelsvertragsshandlungen setzte. Die Spekulation schritt fast überall zu Rückläufen. Auch das Publikum und die Provinz waren, wenn auch nur in geringem Umfang als Käufer am Markt. Am Montanmarkt hatten Dampfener und Rheinstahl sowie insbesondere Rottwitzer ziemlichen Umsatz und daher auch leidliche Kurzbeschaffungen zu verzeichnen. Auch Hoech und Köln-Rhein waren bestellt, während Phoenix und Deutsch-Europenburg ein wenig nachgaben. Kaliwerke hatten lebhaftes Geschäft. Chemische Werte lagen im allgemeinen fest. Anglo-Quano konnten zeitweilig ein Prozent gewinnen. Auch elektrische Werte verfehlten in fester Haltung. Recht lebhaft war das Geschäft in heimischen Renten, so daß die Kriegsanleihe bis auf achtundhundert angieben konnte. Der Markt der ausländischen Renten war gut behauptet. Geld war reichlich angeboten, der Satz für tägliches Geld bewegte sich zwischen acht bis zwölf Prozent. Privatdiskonten wurden zu acht Prozent umgekehrt. Auf dem Devisenmarkt war die Haltung bei Brotgetreide etwas unsicher, die Preise konnten sich aber behaupten. Der Weizenmarkt war nach anfänglicher lebhafterer Bewegung wieder recht ruhig. Hafser war wenig angeboten, das Geschäft in Gerste war ebenfalls nicht nennenswert.

Über wirtschaftliche Gestaltung des deutschen Steuer-
systems. Vor dem Hauptausschuss des Gewerkschaftsringes
sprach Privatdozent Dr. Friedrich Raab, Veltner der Arbeits-
räte für soziale Politik, über "wirtschaftlichere Gestal-
tung des deutschen Steuersystems." Der Referent zeigte,
wiefern das gegenwärtige Steuersystem in vielfacher Hin-
sicht unwirtschaftlich sei. Troy gegenwärtiger Überschüsse
eiche es keinesfalls in der Zukunft zur Deckung der Ver-
pflichtungen aus den Londoner Vereinbarungen aus. Durch
eine Vielfältigkeit und Kompliziertheit verursache es zu
hohe Unkosten bei der Finanzverwaltung und in der Wirt-
schaft, vor allem aber wirke es der rationellsten Ausnutzung
der Produktionsmittel und der Neubildung vom Kapital
entgegen. — In längerer Ausführung legte der Redner also
an die Grundzüge umfassender und zusammenhängender
Vorschläge zur wirtschaftlicheren Gestaltung des deutschen
Steuersystems dar. Diese Vorschläge sind von Kommer-
zienrat Dr. Rabbethge aufgestellt und von dem Redner weit-
er ausgeführt worden. Sie gipfeln in einer gleichmäßigen
Belastung der Produktionsmittel nach ihrer Ertragsfähig-
keit, so daß der sie besonders wirtschaftlich bearbeitende
euerlich bevorzugt wird.

W^{er}ungen der meteor. Station 421

(Oberrealschule Riesa).
Januar 1925: 0,6 mm Rieberstielag

6. Februar 1925; kein Niederschlag.

Barfüßerstraße.

Dresdner Schlachtviehmarkt vom 5. Februar. Auftrieb: Rinder: 3 Ochsen, 9 Küllen, 3 Kalben und Kühe, 2. 583 Fäuber; 3. 55 Schafe; 4. 502 Schweine, zusammen 1155 Tiere. Preise in Reichsmark für 500 Kilogramm Lebend- und (im Durchschnitt) Schlachtgewicht: Das Geschäft war in Rindern beladen, aber ist eine amtliche Preisnotierung nicht erfolgt. Räuber: Doppellender — 2. beste Rast- und Saugfälber 74 bis 76 (21), 3. mittlere Rast- und gute Saugfälber 70 bis 72 (118), geringe Räuber 55 bis 65 (100 bis 117). Schafe: 1. Rastkämmer und jüngste Rastkämmer 47 bis 50 (97), 2. ältere Rastkämme 40 bis 45 (94), 3. mäßig geschnürte Kämme und Schafe (Wetzschafe) 30 bis 36 (85). Schweine: 1. vollfleischige feineren Rassen und deren Kreuzungen im Alter bis $1\frac{1}{2}$ Jahr bis 65 (87), 2. Retschweine 70 bis 73 (89), 3. Fleischsche 518 bis 65 (55), 4. gering entwidelte 58 bis 60 (88) abnahmepreise über Notiz. Die Preise sind Marktpreise & rücksichtigen gewogene Tiere und schließen sämtliche Spesen & Handels ab Stall für Frachten, Markt- und Verkaufsosten, Infazleuer, sowie den natürlichen Gewichtsverlust ein, erheben d' also wesentlich über die Stallpreise. Ueberstand: 1 Ochse, Küllen, 8 Kühe. Tendenz des Marktes: Geschäftsgang Räubern mittel, in Schafen und Schweinen langsam.

Herrlich festgefegte Preise an der Produktionsstrecke zu Berlin

2. Februar. Rinder, Kühe und Schafe

3. Februar. Getreide und Oelzäaten pro 1000 kg. Tonit pro 0 kg. (In Goldmark bei Goldanleihe oder in Rentenmark.) Weizen, märkischer 251—256, pommerscher —. Roggen, märkischer 280—284, mecklenburgischer —, westpreußischer —. Rizette, Buttergerste 290—240, Sommergerste 255—275. Hafer, märkischer 187—195, pommerscher —, westpreußischer —. Mais, loco Berlin —. Roggen frei Hamburg 228—280, Weizenmehl pro 100 kg frei Berlin brutto inkl. Saat (feinste Marken über Moltig) 50—57,80. Mezzemehl pro 100 kg frei Berlin brutto inkl. Saat 54,70—57,20. Weizenmehl, frei Berlin 16,80. Roggenmehl, frei Berlin 16,50—16,80. Meeps 400. Steinfort 410—415. Kitterie-Gräten 29—33. Kleine Speise-Gräten 21—23. Buttergerste 20—23. Weizenflocken 15—19. Raderbohnen 20—22. Linsen 18,50—20. Lupinen, blaue 18—15, gelbe 16—18. Erbsenblätter —, neue 17—19. Rapssamen 19,20—19,50. Linzen 25,50. Tropfenknöpfchen 9,80—10. Vollwertige Käseerbsen 19—20. Zermelatte 80/70 9,80. Kartoffeln 10,80—11,80.

Amtliches.

Die Tollwut der Hunde betreffend.

Für alle Gemeinden und selbständigen Gutsbesitzer, über die von der unterzeichneten Amtshauptmannschaft die Sündelverurtheilung verhängt worden ist oder noch verhängt wird, wird folgendes noch besonders angeordnet.

1. Hundebesitzer, denen ein Hund entlaufen oder sonstwie abhanden gekommen ist, haben den Verlust binnen 24 Stunden unter genauer Angabe der Rasse und sonstigen Kennzeichen des Hundes bei der Ortsbehörde anzumelden, es sei denn, dass der Hund innerhalb der Frist sich wieder beim Besitzer eingestellt hat.

2. Hunde, welche eingesperrt oder angekettet sind, sind so abzuholen, dass fremde Hunde nicht mit ihnen in Verbindung kommen können.

3. Bußverhandlungen sind, soweit hierfür nicht durch Kreis-, oder Landesgericht höhere Strafsummungen erlassen sind, mit Geldstrafe bis zu 150 M. oder Haft bis zu 14 Tagen strafbar.

4. Diese Bekanntmachung tritt sofort mit ihrem Er scheinen in den Amtsbezirken in Kraft.

Großenhain, am 5. Februar 1925.

F. 2. Die Amtshauptmannschaft.

Sonntags, den 7. Februar 1925, vormittags 10 Uhr sollen im Verkehrsgerichtsraume des Amtsgerichts Niesa 1 Fahrrad und 1 Motorfahrrad versteigert werden.

Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts.

Nuhs und Brennholzverteilung auf Schmannewitzer (früher Weißiger) Staatsforstrevier, Revieramt Hoische.

Freitag, den 13. Februar 1925, nachmittags 1 Uhr in Niescher Gasthof in Grödig, Amtsh. Großenhain, 99 fl. Stämme 10-30 cm; Klöppel: 69 fl., 16-33 cm, 26 eich. 18-30 cm; 8 fl. eich., 88 cm erl., 222 cm fl. Nutzhöhe: 24 cm w., 25 cm h. Brennholz: 257 cm w., 129 cm h. Brennspitze: 96 (Stablich.) 85, 87, 102, 103 (Durchf.). Auskunft erteilt Oberförster Wechsler auf der Hoische bei Grödig. Forstamt Schmannewitz. Dorfkasse Grimma.

Lieber O.! Heute abend zum Maskenball im Stern Weinviertel. Kennzeichen: Weinviertel Nieder.

Möbl. Zimmer sofort zu verkaufen. Zu erst. im Tagebl. Niesa. Zu mieten gesucht werden.

Räume

als Werkstatt u. Lagerraum passend, von Eisen. Handwerker. Off. erb. un. W 2197 a. d. Tagebl. Niesa.

Wohnungssuchende

mit einem verfügbaren Kapital von 3000-5000 M., welches verzinst und übergekündigt wird, können durch Neubau eine moderne Wohnung erhalten.

Angebote unter € 2200 an das Tageblatt Niesa.

Bilderschwund.

Über den all- und alfabentannten sogenannten Bilderschwund, auf den Vertrauensselige immer wieder hereinfallen und der ihnen neben Anger nur Kosten verursacht, die in seinem Verhältnis zu dem Wert des Bildes stehen, wenn sie ein solches überhaupt bekommen, soll dem Publikum nachstehendes zur Aufklärung dienen. Von dieser Art Geschäfte, welche sich mit dem Vertrieb von Lichtbildvergrößerungen beschäftigen, bestehen eine ganze Anzahl. Meistens werden diese Geschäfte von ihrem Inhaber als Kunstanstalt, und verschiedentlich auch noch mit dem Namen berühmter Maler, wie z. B. „Kunstanstalt Rembrandt“ usw. bezeichnet. In Wirklichkeit sind es aber nur Verbandsgeschäfte. Diese Geschäfte haben zur Herstellung dieser Vergrößerungen auch keine Einrichtungen, sondern die Inhaber lassen die Vergrößerungen in Vergrößerungs-Anstalten, von welchen in Berlin z. B. bestehen, anfertigen. Dies werden die Vergrößerungen auf elektrisch-photographischem Wege hergestellt.

Die auf diesem Wege hergestellte Vergrößerung — sogenannte Rohvergrößerung oder Print — ist in diesem Stande aber nicht zu verwenden, sondern diese muss erst ausgemalt werden. Diese Rohvergrößerung tritt meistens nur sehr schwach und undeutlich hervor, aber gewöhnlich doch so, dass auch bei den schlechtesten noch eine Ähnlichkeit mit dem Original festzustellen ist.

Wenn nun die Rohvergrößerung noch eine Ähnlichkeit mit dem Original aufweist, so wird sie durch das weitere Ausmalen vielfach unähnlich, da diese Arbeit durch Leute ausgeführt wird, welche dazu wohl manchmal nicht besonders geeignet sind.

Diese Geschäfte lassen nun zunächst durch einen Reisenden, den sogenannten Sammler, die Leute aussuchen, um unter Vorlegung gut ausgeführter Musterbilder Bestellungen auf Vergrößerungen zu erlangen.

Die Reisenden, welche in dieser Branche arbeiten, sind vielfach unlautere Elemente, welche beim Einspielen von Anzeigen gewöhnlich nicht mehr zu haben sind, weil sie sich formidabel in der Welt umherstreben und vielfach wohnungslos sind.

Diese Reisenden beziehen kein festes Gehalt, sondern sie sind nur auf Provision angewiesen. Infolgedessen verlegen sie die Besitzer, um möglichst viel Bestellungen und somit die Anzahlung zu erlangen, welche sie gleich einzahlen und für sich als Provision behalten, meistens in den Gläubern, dass für den auf dem Bestellschein angeführten billigen Preis schon ein fertig ausgemaltes Bild und nicht nur die nichtverwendbare Rohvergrößerung geliefert wird. Durch weitere, vielfach seitens des Reisenden gemachte Angaben, dass bei seiner Firma solche Künstler arbeiten, welche nach jeder noch so schlechten oder schon vergilbten und nicht mehr erkennbaren Photographie ein Bild herzustellen imstande seien, welches der Person, welche das Bild darstellt, so ähnlich sehe, wie die wirklich aussiehe, bzw. ausgesehen habe, werden die Besitzer manchmal zu Austrägen und Übergabe von Photographien veranlasst, nach welchen sich unmöglich ein brauchbares Bild herstellen lässt. Auch werden die Besitzer nicht selten zu den Austrägen veranlasst, das von den Reisenden angegeben wird, die Bilder würden durch Kriegsbeschädigte angefertigt usw.

Den Bestellschein lesen die Besitzer sich meistens nicht durch. Sie verlassen sich vielmehr darauf, dass die mündlichen Neuheiten des Reisenden wahr sind und mit dem

Kirchennachrichten.

Evangelium 1925.

Niesa. 9 Uhr Predigt über Matth. 20, 1-16 (Beck). 11 Uhr Kindergottesdienst (Schroeter). 2 Uhr Jugendgottesdienst in der Trin. A. (Friedrich). 2 Uhr Jugendgottesdienst im Warthaus (Beck). Montag. Brodmutterverein. Mittwoch abends 18 Uhr Bibelstunde (Beck).

Fr. Gem. 9. Uhr. Dienstag 8 Uhr Sammlung. Weida. 9. Uhr Gottesdienst. Unterredung 1.

Großna. 9 Predigt. Mittwoch 20, 1-16 (Stempel). 11 Kindergottesdienst, abd. 8 Bibelstunde. Dienstag fr. 7 Andacht, abd. 8 Bibelstunde für Männer, Donnerstag abd. 8 Bibelstunde.

Paulitz. Gottesdienst in der Pfarrkirche. Röderau. 9 Pred. 11 Jugendgottesdienst, 11. 2. 8 Jungfrauenverein.

Glaubitz. 9. Uhr Predigt. Mittwoch 1-6 Uhr Vorführung von Lichtbildern aus den Oberammergauer Passionsspielen — nur für Schulklasse; Donnerstag 1-8 Uhr nur für Erwachsene. Die Kirche ist gebeizt. Die Bibelstunde fällt Mittwoch aus.

Bad. St. Barbara-Kapelle, Lessingstraße 9. Sonnabend 5-6 Uhr Predigt. Sonntag 7 Uhr Heilige, 1-8 Uhr Frühmesse, 9 Uhr Hochamt und Predigt. Werktag 1-8 Uhr hl. Messe.

Lieber Heinrich!

Emailliert, mittet durchgebrannte Kopftöpfe, zerbrochne Glas- und Porzellangegenstände wasser- und lernerst. Haben die Drogen: A. V. Henneke, Wilh. Moritz Berg, Friedr. Büttner u. Oscar Förster.

Automobil und Motorrad

Ist schon lange kein Zugus mehr, sondern ein Beauftragter, den der Kauf der Zeit erfordert. „Bewilligt die Schaffung“ ist die Volition des Tages! Darum benötigen Sie Verkehrsmittel, die Ihnen dies ermöglichen, bereits für R.M. 300.— ein fabrikneues Automobil und für R.M. 25.— ein fabrikneues Motorrad zu liefern. Verlangen Sie noch heute den Prospekt 1. 2. 25 kostenlos von der

Automobil-Handelsgesellschaft m. b. H.

Magdeburg 103, Otto von Guericke Str. 60.

Frau od. Mädchen zum Reinemachen sofort gefündt.

Buchhandl. Blume

Wettinerstr. 28.

Sauberes

Hausmädchen

genutzt.

Hausstraße 65.

Schrebergarten mit Laube zu vergeben.

Zu erst. im Tagebl. Niesa.

Wohnungs-

Baukind

in Niesa, beste Lage an

ausgebauter Straße, ca.

3000 qm sofort zu ver-

kauen. Angeb. unter V 2196

an das Tageblatt Niesa.

Grünschnäuzerfrauen!

Prinz Karneval ist noch

eingeholter Auskunft noch

lebig; heute alle zum

Maskenball im Stern.

zu verkaufen.

Boris, M. Venicker.

Einnahme und Ausgabe

stehen oft im Widerspruch. Sie können Ihre Ausgaben verringern, wenn Sie die Feinkostmargarine „Schwan im Blaiband“ für 50 Pf. das Halbpfund kaufen; ihre Verwendungsmöglichkeit in Küche und Haushalt kennt keine Grenzen, ihre Vorteile sind unerreichbar.

Preis 50 Pf. das Halbpfund in der bekannten Packung.



Wir bitten, beim Einkauf von „Schwan im Blaiband“ das farbige Illustrationenblatt „Die Blaiband-Woche“ gratis zu verlangen.

Schwan im Blaiband

frisch gekocht

Zwei Herren

im Alter von 21 Jahren

(besser. Standes) wünschen

auf die Bekannt-

schaft zweier junger Damen

gewünscht. Ebener.

Wohnungsbrauch.

möbel mit Bild, welches

ebenwörtig, zurückgelassen

wird, erbett. unter X 2198

an das Tageblatt Niesa.

Kaufes sofort

beziehbares schönes

1-od. 2-Zom.-Haus

in od. Umgebung Niesa.

Ausführ. Aug. u. V 2199 a

an das Tageblatt Niesa.

Schne

au kaufen

mit freiem Hof. Wohna. ges.

sofort Rasse. Off. u. V 2198

an das Tageblatt Niesa.

Salon-Briketts

Gute Marke

empfiehlt fahrenden

und zeitweise als Vager, so-

wie jedes Quantum auf

Wunsch bis frei Keller.

Eine Brilleng. Ziege

an verkaufen.

Boris, M. Venicker.

Pa. Briketts Pa.

Salon- u. Salbeine

empfiehlt und erbetet

Bestellungen auf Umfrage.

M. Gumlich.

Klub der Hartlosen.

Hente abend zum Masken-

ball im Stern Weinviertel.

Brennen es sich auch bisher nicht hat nachweisen lassen, dass die Firmen an den Machenschaften der Reisenden beteiligt sind — die Firmen schließen die Schuldfälligkeit auf die Reisenden, und diese sind vielfach nicht zu ermitteln — so muss man sie doch deshalb mit verantwortlich machen, weil sie in der Auswahl ihrer Angestellten nicht vorsichtig genug sind. Den Firmeninhabern dürfte auch recht gut bekannt sein, dass ein gewissenhafter Reisender, wie man sie in den anderen Branchen findet, sich nicht bereit finden lassen wird, in ihre Dienste zu treten und sie sind deshalb direkt auf die Leute angewiesen, die sich kein Gewissen daraus machen, wie sie Geld verdienen. Ja, die Firmen unterführen sogar meistens die Reisenden in ihren betrügerischen Manipulationsversuchen, indem sie ihnen sogenannte Legitimationsscheine ausstellen, die den amtlichen Karten tatsächlich ähnlich sind und mittels derselben die Reisenden bei den Leuten den Anschein erwecken, als ob ihr Unternehmen behördlicherweise protegiert würde. Den Firmeninhabern muss weiter zum Vorwurf gemacht werden, dass sie alte oder schon vergilbte oder sonst schlechte Photographien, welche ihnen von den Reisenden überhandt werden, nach welchen sie, wie schon einmal erwähnt, unmöglich ein brauchbares Bild herstellen lädt, nicht zurückweichen, sondern vielmehr hierauf auch eine Vergrößerung anstrengen lassen. Dies alles lädt betrügerische Firmen, ja sehr sie sich auch als reell auszugeben verführen, durchaus nicht in günstigem Licht erscheinen. Die Inhaber betrügerischer Firmen sind oft auch nicht gerade die korrektesten Leute. Sie haben sich meistens schon in allen möglichen Berufen verdient und verlegen sich nun auf diese Tätsigkeit.

Dass derartige Unternehmen eine grobe Gefahr für das Publikum bilden, ist wohl zweifellos. Es ist deshalb zu empfehlen, bei Besuch von derartigen Reisenden, die die kleinen Städte und das platt Land geradezu wie eine Blaue heimsuchen, sich immer ablehnend zu verhalten. Es ist erwiesen, dass sich eine gute Vergrößerung bei einem Photographen am Platze nicht teurer stellt, als ein unter alterter Vertrügerung gegebenes und durchaus minderwertig aufgeführtes Bild.

Diesen Bilderscheinen gleich ist auch den Reisenden gegenüber Zurückhaltung geboten, die den Ausführungen in den Bestellscheinen zuwider Textilwaren in Haushaltungen auf Abzahlung anbietet. Wie aus neueren Anzeigen zur Kenntnis gekommen ist, versprechen solche Reisende nach einer Anzahlung schnelle Lieferung der bestellten Ware, obwohl in dem vom Besteller zu unterschriebenen Bestellschein zum Ausdruck gebracht ist, dass die Lieferung der Ware erst nach Bezahlung der letzten Rate erfolgt und mündliche Abmahnungen ungültig sind, woran sich auch die Geschäftsinhaber, wenn der Bestellschein unterschrieben ist, halten können. Wenn der Reisende schon wegen Betrug bestraft wird, so bleibt die Geldangelegenheit mit dem Geschäft eine private Sache für sich. Wenn schon selbst die Bedingungen auf dem Bestellschein angenommen werden, bleibt für die Besteller noch die Gefahr vermehrter Geldabzüge. Der Umtausch der geleisteten Waren, die den Käufern vielfach nicht entsprechen und minderwertig sind, oder die Zurückzahlung der dafür gezahlten Beträge ist in der Regel immer mit Prozessen verbunden, deren gewöhnlich zu sein, die Geschäftsinhaber aber immer nicht zu fürchten brauchen, da die Besteller wegen der damit in Erscheinung tretenden Unannehmlichkeiten lieber den Verlust tragen. Bei der heutigen Geschäftslage ist auch jedes einschlägige Geschäft am Platze bereit, Verkäufe auf Absatzung zu tätigen, wobei

Eisenbahnmieter.

Von Syndikus Dr. Meyer, Leipzig.

Über die Höhe der Mietläge und über die Bedingungen für die Abmietung eisenbahngesetzlicher Lagerräume und Lagerplätze haben die Betriebsämter der einzelnen Orte nach Anweisung der Hauptverwaltung der Reichsbahngesellschaft selbständig zu entscheiden, die Hauptverwaltung der Reichsbahngesellschaft begnügt ihren Haltung mit der Verschiedenartigkeit der örtlichen Verhältnisse. Es ist anzustreben, dass die Betriebsämter am ehesten in der Lage sind, über die Angemessenheit des für ihren Ort in Frage kommenden Mietpreises zu urteilen. Auf der anderen Seite ist es aber eine Unauslänglichkeit, wenn die Hauptbahndirektion der Reichsbahngesellschaft ihre Arbeit auf dem Gebiet der Mietfragen vollständig eingestellt hat. Daraus können die Mieterstände resultieren, die in manchen Städten und Bezirken bezüglich der Mietpreise für Bahnhöfe und Bahnlagerplätze bestehen. — Während in anderen Eisenbahndirektionsbezirken Verhandlungen mit den wirtschaftlichen Verbänden über eine Herabsetzung der jüngsten Mietläge stattfinden, trägt sich die Reichsbahndirektion Dresden mit dem Gedanken, die Mietpreise in Sachsen mit Wirkung ab 1. April 1925 um ein beträchtliches zu erhöhen. Sämtliche Abmietern ist unter Hinweis auf die bevorstehende Mietertreibung für diesen Termin bereits gewarnt worden.

Die Mietläge in Sachsen für eisenbahngesetzliche Lagerräume und Lagerplätze nivellieren im allgemeinen mit den Friedenslägen. In einzelnen Fällen weichen sie allerdings beträchtlich nach oben ab. Zu berücksichtigen ist, dass die Bedingungen für die Abmietung erheblich verschärft worden sind. So muss z. B. der Abmietende eine Reparaturlasten aus seiner Tasche bezahlen. Als der zuständige Dezernent bei der R. B. D. Dresden auf die in den bürgerlichen Gesetzesbestimmungen, § 536, 548, ausdrücklich ausgeschriebene Reparaturpflicht des Vermieters hingewiesen wurde, gab er die Erklärung ab, dass er sich dieser Vorschrift wohl bewusst sei. Die Tatsache, dass der Abmietende die Reparaturlasten zu zahlen habe, kann aber bereits in dem Mietpreis zum Ausdruck; mit anderen Worten, der Mietpreis sei dementsprechend herabgesetzt. Nun, nachdem die Abmietende die Friedenspreise und in einzelnen Fällen soviel bezahlt haben, wie in Friedenszeiten, erscheint diese Auslegung wohl bestreitbar. Es muss aber festgestellt werden, dass die Reichsbahndirektion Dresden die Mietverträge nicht nach Treu und Glauben auszulegen scheint. Die Eisenbahn kommt stets mit dem Einwand, die Friedensmietläge seien viel zu gering gewesen. Seitens der interessierten Kreise kann hier eingewendet werden, dass die Eisenbahn in Friedenszeiten doch nicht jahrszeitlich zugelassen haben kann an dem Vorratserhalt. Warum muss sie dann heute soviel mehr fordern? Das Argument des laufmännischen Geistes, der in ihr Unternehmen eingezogen ist, schlägt auch nicht durch. Das Geschäft der Vermietung von Lagerräumen und Lagerplätzen ist ja so gering im Vergleich zu den sonstigen Geschäften der Eisenbahn, vor allen Dingen dem Frachtgeschäft, dass es mit laufmännischen Grundsätzen nicht vereinbar ist, wenn die Eisenbahn durch anomale Mietpreise leere Lagerräume erzeugt.

Die Erben von Hohenlinden.

Roman von Dr. M. B. White.

28. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

Margarete murmelte, dass sie auf Eleganz keinen Anspruch erhob. Herta Buchner hätte ihr sagen können, dass sie in irgendeinem Bodenraum mit ihr logieren müsse — und sie wäre ihr willig gefolgt. Niemals hatte sie mit Menschen Sympathie gehabt, die sich vom Schicksal treiben lassen; und nun ließ sie sich selbst treiben — mit dem Bewusstsein, mit dem wohligen Bewusstsein, dass auch jetzt jemand anders für sie sorgte und sie nicht sich selbst überließ. Und das Gefühl der Heimatlosigkeit, der Überflüssigkeit, das sie erfüllt hatte, als sie so fremd und einzig auf dem Bahnhof unter der Menschenmenge stand, verließ sie allmählich.

Ja, sie war ihrer Gefährtin aufrichtig froh. Sie fragte nicht danach, wer sie war und woher sie stammte; nicht daran, dass sie offensichtlich arm war — ihre schlichte Herzlichkeit, ihre opferwillige Sorge für das Wohl eines Mädchens, das ihr doch ganz gleichgültig sein muhte, hatten ihr Margaretes Herz erobert. Sie tastete im Dunkel nach ihrer Hand und legte sie auf ihre brennende Stirn. Mit leisem, zartem Druck ließ Herta sie dort ruhen, und es ging von dieser schlanken, kühlen Hand eine wunderbare beruhigende Wirkung aus.

Der Wagen hielt in einer Straße, die erfüllt war von Wagengerassel, von dem Klingeln der elektrischen Bahnen und den Warnrufen der Rutschler. Margarete empfand nur den Lärm und die aufdringliche Lichtfülle der zahllosen elektrischen Lampen peinlich; sonst achtete sie nicht auf ihre Umgebung. Die Sorge für das Gesäß, für die Abwertung des Rutschlers — alles überließ sie im Egoismus ihrer Müdigkeit der anderen. Über drei hässliche, enge ausgetretene Stiege wurde sie drei Treppen hoch geführt, stand eine Weile vor einer dunklen Tür und wurde dann in einen dunklen Korridor eingelassen, von einem weiblichen Wesen, das sie ziemlich mürisch begrüßte, und fand sich endlich, sorglich gebettet, auf einer Ottomane wieder.

„So — jetzt müssen Sie sich zunächst gründlich ausruhen,“ sagte Herta. „Sie sind sehr angegriffen — man sieht es Ihnen an. Jetzt schlafen Sie ein paar Stunden, unterdessen bereite ich das Abendessen, und nachher packe ich Sie gleich ins Bett. Denken dürfen Sie jetzt gar nichts — nur schlafen.“

Margarete fühlte noch einen Kuß auf ihrer heißen Stirn — dann schlossen sich ihre Augen. Aber ehe sie noch eingeschlafen war, sah sie die Komtesse Tarnow die Hand ihrer neuen Freundin und führte sie an ihre Lippen.

Dann schlummerte sie ein — und Schloß Hohenlinden lag so weit, weit hinter ihr, als wären Jahre vergangen, seitdem sie es verlassen.

Als sie die Augen wieder aufschlug, hatte sie doch Mühe, sich in die veränderte Umgebung zu finden. Elegant war das Zimmer, in dem sie Umschau hielt, wirklich nicht; aber die von einem roten Schirm verhangene Lampe auf dem Tisch, die ein warmes und lebendiges Licht verbreitete, die Blumen, die alleinstanden, und vor allem die Gegenwart von Herta, die am Tische hantierte, machten es freundlich und anheimelnd.

Margarete fühlte sich bedeutend besser, obwohl sie nicht lange geschlummert haben konnte. Sie richtete sich auf und trat an den Tisch, der zum Abendessen hergerichtet war.

Auf jeden Fall ist der hieraus für Handel und Industrie entstehende Schaden sehr beträchtlich, da alte Artikel, die ein Lager benötigen, heute im Preise wesentlich höher sind als in Friedenszeiten.

Dann sagt die Eisenbahn weiter, die Mieten seien heute auch deshalb noch als sehr niedrig anzusehen, weil vielfach Lagerplatzmieterei Untervermietungen vornehmen, aus denen sie ein Vielfaches der von ihnen selbst gezahlten Mieten beziehen. Auch eine Berufung hierauf ist vollständig vereitelt. Die Eisenbahn beweist mit ihrer Ansicht, dass sie nicht den eindrücklichen Einblick hat in die wirtschaftlichen Zusammenhänge. Wenn der Abmietende z. B. heute in Sachsen 27 Prozent Mietsteuer zu entrichten hat, daneben die Reparaturlasten aufzutragen muss, und alle übrigen Lasten durch sonstige Steueraufkommen neu, ganz erheblich gestiegen sind, so kann der Mieter einen von der Eisenbahn gemieteten Lagerraum natürlich nicht zu den gleichen Bedingungen abgeben. Die Gesamtlasten werden vielfach 100 Prozent und mehr betragen.

Die Mietpreise für Lagerräume und Lagerplätze sind heute schon so hoch bemessen, dass weitere Mietertreibungen für die Wirtschaftswelt untragbar sind. Unter keinen Umständen darf die Eisenbahn die Mietpreise ohne Grund auf der ganzen Linie in die Höhe schrauben. Die wirtschaftlichen Verhältnisse haben sich doch in den letzten Wochen und Monaten nicht derartig verändert, dass eine Erhöhung des Mietpreises, sei es auch nur eine geringe, überhaupt gerechtfertigt ist.

Die südlichen Handelskammern haben sich auf Beschluss der beteiligten wirtschaftlichen Verbände an die R. B. D. Dresden mit dem Befehl erlassen, dass vor einer weiteren Erhöhung der Mietzinsen wenigstens die Handelskammern und die interessierten Kreise einzutreten. Daraus folgte sich die R. B. D. Dresden gegenüber der Handelskammer Jüttau, als Vorort der südlichen Handelskammern, nicht mit den Worten, aber in dem Sinn, dass sie einer Bekundung von Handel und Industrie nicht bedürfen.

Da es für den einzelnen Abmietende nicht möglich ist, die Frage der Berechtigung einer weiteren Erhöhung des Mietzinses für eisenbahngesetzliche Lagerräume und Lagerplätze im Einblick auf zu erwartende Rachezeiten seitens der Eisenbahn, gerichtlich entscheiden zu lassen, werden vorstehende Ausführungen der Eisenbahngesellschaft unterbreitet. Vielleicht nimmt die Eisenbahn wenigstens aus moralischen Gründen Abstand von einer weiteren Mietzins erhöhung.

Dr. Meyer.

Die Gründungsaktivität in Deutschland im Jahre 1924.

Die Inflationzeit hatte zu einer Umwidlung der organisatorischen Grundlagen der deutschen Wirtschaft geführt. Neben den großen Kapitalzuflussmobilisierungen trat eine unverhohlene Zerstörung, ein starkes Anstreben der Gründungsfirmen in allen Unternehmenszweigen und allen Unternehmungszweigen ein. Mit der Stabilisierung legte im Jahre 1924 eine Neuorganisation ein, die in den Büros der Gründungsstatistik deutlich zum Ausdruck kommt.

Naht man alle eingetragenen Firmen zusammen, so ergibt sich ein Überwiegen der Auflösungen über die Neugründungen von rund 1500 Firmen, während sich im Jahre 1913 Gründungen und Auflösungen etwa die Waage hielten. Während aber im Jahre 1913 die Aktiengesellschaften und vor allem die Gesellschaften m. b. H., sowie die offenen Handelsgesellschaften und Kommanditgesellschaften einen Aufschwung hatten, haben im Jahre 1924 außer den Einzelfirmen vor allem gerade die Aktiengesellschaften und Gesellschaften m. b. H. ein Überwiegen der Auflösungen zu verzeichnen.

Trotz dieser Verminderung in der Zahl der Firmen scheint nach den Ergebnissen der Statistik der Prosek der „Reinigung“ noch nicht abgeschlossen zu sein, selbst wenn angenommen wird, dass sich der überwiegende Teil der Neugründungen auf stabile Währungs- und Wirtschaftsverhältnisse umzustellen versucht. Den rund 12 000 Neugründungen von Aktiengesellschaften aus den Kriegs- und Nachkriegszeit stehen 1000 Auflösungen gegenüber. Der Anfang von Gesellschaften m. b. H. erreichte in den Jahren 1914 bis 1923 die Höhe von rund 45 000 Gesellschaften, die Auflösungen im Jahre 1924 betragen hingegen 8 600. Für die übrigen Rechtsformen stehen vergleichbare Zahlen nicht zur Verfügung. Bei den offenen Handelsgesellschaften und Einzelfirmen war im ersten Halbjahr 1924 noch ein nicht unbedeutender Aufschwung zu verzeichnen, während das dritte Quartal im Zusammenhang mit der allgemeinen Wirtschaftskrise ein starkes Überwiegen der Auflösungen von fast 3000 Gesellschaften brachte. In den letzten drei Monaten liegen gegenüber dem dritten Quartal mit dem Aufleben der Konjunktur die Gründungsziffern wieder bedeckt, während sich die Auflösungen fast auf der gleichen Höhe halten.

Ein Vergleich der Ziffern von heute mit den Ergebnissen der Statistik von 1913 ergibt, dass nicht nur die Zahl der Auflösungen, sondern auch die der Neugründungen im Jahre 1924 bedeutend höher als im letzten Friedensjahr war. Zur Verhältnis im den vorliegenden Jahren von 1913 bestehen sich die Neugründungen bei den

Aktiengesellschaften	auf rd. 300 % der Gründungen von 1913
Gesellschaften m. b. H.	" " 190 % "
off. Handelsgesellschaften	" " 150 % "
Kommanditgesellschaften	" " 260 % "
Einzelfirmen	" " 114 % "

Wenn die Au- und Abgänge durch die Gründungsaktivität und die Auflösungen zusammengefasst werden, ergibt sich ein Abgang bei den Aktiengesellschaften, Gesellschaften m. b. H. und offenen Handelsgesellschaften, ein bedeuternder Anstieg bei den Kommanditgesellschaften, ein geringerer Anstieg bei den Einzelfirmen. Absehen von dem Anwachsen der Kommanditgesellschaften, das in der Fortführung des Kreditverkehrs begründet ist, bei der Neuaustragung aller anstehenden Unternehmen eingesetzt.

Sie waren noch weit besser — und immerhin auch weit anständiger. Später hoffe ich, diese Art von Zeichnungen ganz aufzugeben zu können und nur noch Illustrationen für vornehme Wochenblätter und Romane zu schaffen. Das ist mein ganzes Sirenen — und meine ganze Hoffnung.“

All diese Bekenntnisse wurden so freimütig und so liebenswürdig gegeben, dass sie Margarete nur mit erhöhter Bewunderung vor ihrer neuen Freundin erschienen. Und doch erblachte sie, wenn sie sich ausmalte, wie tief diese Art von Beschäftigung ein Mädchen degradierte.

„Es muss entzückig sein für eine Dame von Stand,“ sagte sie.

Da legte Herta mit einem reizenden Lächeln ihren Arm um Margaretes Schultern.

„Ja — die Dame von Stand habe ich freilich lange aufzugeben müssen,“ erwiderte sie. „Das heißt — ich habe den einen Stand gegen den anderen vertauscht. Und das würde ich immer noch am leichtesten tragen und verhindern — habe es auch in Wahrheit lange verhindert. Denn es ist besser, ich bezahle so, was ich zum Leben brauche, als dass ich als Dame von Stand auf die Straße gesetzt werde, weil ich die Miete schuldig bin, oder Bäder und andere Handwerker, die jetzt vielleicht selbst sauer werden lassen müssen, um ihr Geld einzutragen. — Und ich war der Gefahr, in eine solche Lage zu kommen, sehr nahe. Obwohl mein Vater ein Sanitätsrat, und der Vater meiner Mutter, der sehr früh gestorben ist, ein hoher Offizier war. — Die Zeit, als mein Vater starb, werde ich nie vergessen. Mein Bruder lebte damals nicht hier; und er hätte mir auch nicht helfen können, denn es ging ihm selbst schlecht. Ganz einjam war ich und ganz fehlte es an Alimenten. Ich verlor es als Malerin, aber ich sah sehr bald, wohin ich damit kommen würde. Da suchte ich den Herausgeber des „Kleinen Blatt“ auf, den ich von früher her kannte, und legte ihm meine Lage auseinander. Jedes Wort, das ich sprechen musste, bereitete mir innere Qualen. Er gab mir den Auftrag, das und das zu zeichnen und ihm zu bringen. Als er die Sachen sah, gewährte er mir einen Vorabzug von fünfzig Mark — und diese fünfzig Mark haben mich tatsächlich vor dem Neuzersten bewahrt. Ich sah mich noch, wie ich die drei Goldstücke voll unglücklicher Sehnsucht in der Hand hielt, und mit welchem Vergnügen ich dann warm zu Mittag gegessen habe — das erste Mal nach fast achtjähriger Hungertour, während deren ich nichts als Brot zu essen bekommen hatte, das mir ein freundlicher Bäcker auf Kredit gegeben. — Aber ich weiß nicht, warum ich Sie mit all diesen uninteressanten Details belästige.“

„Sie öffnen mir eine neue Welt,“ sagte Margarete erschüttert. „Und Sie zeigen mir vor allem, wie töricht es von mir war, wenn ich mir schon früher ein Urteil über solche Dinge anmaßte.“

Herta betrachtete damit den Gegenstand als abgetan. „Ich muss Sie nun auf eine Stunde allein lassen,“ sagte sie, „aber gewiss nicht länger. Ich will eine Freundin besuchen, die frank ist. Wir nehmen ihre Arbeiten und versuchen sie zu verkaufen. Wenn es uns gelingt — gut und schön; gelingt es uns nicht, so sagen wir doch, dass es uns gelungen sei, und legen das Geld dafür zusammen. Es mag nicht recht sein — aber es ist jedenfalls gut gemeint. — Wollen Sie, bitte, der Wirtin Klingeln und sagen, dass Sie abräumen. Wenn Sie müde sind, sollen Sie keinesfalls warten, bis ich zurückkomme.“

Margarete drückte auf die Glocke, die Wirtin herbeizurufen. Aber sie war so tief in Gedanken, dass sie den Eintritt der Frau überhörte; und verwirrt fuhr sie zu-

„Sie sehen schon besser aus,“ sagte Herta und sah ihr lächelnd in das Antlitz. „Und wie schöne blaue Augen Sie haben! — Kommen Sie — jetzt wollen wir gemeinschaftlich zu Abend essen. Ich bin in letzter Zeit immer allein gewesen — da freut mich Ihre Gesellschaft um so mehr.“

Während sie speisten, gingen Margaretes Blicke an den Wänden umher. Da hingen zahlreiche Skizzen und Studien, Zeichnungen und halbtägliche Bilder, die so wenig in ein „möbliertes Zimmer“ paßten, dass sie Margaretes lebhafte Interesse erregten. Hauptähnlich waren es Studien in Schwarz-Weiß, ausgeführte Arbeiten unter Glas und Rahmen und flüchtig hingeworfene Skizzen, die von einer außerordentlich geschickten und sicher handzeugten. Nach dem Speisen erhob sich Margarete, um die Sachen aus nächster Nähe anzusehen, und Herta sah sie schweigend gewähren.

Es waren die seltsamsten Kontraste, denen Margarete da begegnete. Zum Teil fand sie welche, liebliche Landschaftsstudien, anmutige Stillleben und hingeworfene Skizzen, wie eine Gruppe spielender Kinder, ein zu den Klängen einer Drehorgel tanzendes Paar und ähnliches, wie es ihrem Geschmack zusagte. Und auf der anderen Seite Zeichnungen in Schwarz-Weiß, die sie geradezu abscheuen. Und doch stand sie gerade vor diesen Sachen besonders lange; denn sie quälte sich, den Mut zu der Frage zu finden, ob das wirklich von Herta sei.

Das junge Mädchen selbst kam ihr endlich zu Hilfe. Indem sie an ihre Seite trat und auf einige Landschaften deutete, sagte sie:

„Das sind eigentlich meine Arbeiten — Arbeiten, die ich mit dem Herzen geschaffen habe. Sie stammen zum größten Teil noch aus der Zeit, als mein Vater lebte. Das andere — nun, das verdankt dem Verstand seine Entstehung. Und der Rat. Denn mit der Schönmalerei — sie lächelte bitter — hätte ich rasch hungern können. — Die andern Arbeiten sind eigentlich mehr Kopien als sonst etwas. Es sind Illustrationen zu Büchern, die ich — mit geringen Veränderungen — aus französischen Werken abzulehnen. Die Originale wären meinen Nachbarn noch lieber — denn sie würden die Kästchen weit billiger haben. Aber sie sind mirunter ein wenig zu — frei. Sechs dieser Zeichnungen — denn farbige Zeichnungen sind ja auch die bunten Sachen nur — liefern ich jede Woche der „Lustigen Zeit“ — eine glänzende Verbindung für mich!“

„Aber das ist doch —“

„Ist kein Diebstahl — wollen Sie sagen? — Es mag wohl etwas Lehnliches sein. Vielleicht sogar noch Schlimmeres. Es ist leichte Arbeit — und ich bekomme für die Zeichnung fünf Mark. Das sind dreißig Mark in der Woche. Ich kenne akademisch gebildete Maler — tüchtige Künstler — die froh wären, solche Aufträge zu haben; und es ist immerhin noch weit besser, als für das „Kleine Blatt“ zu arbeiten.“

Margarete schauderte. Sie kannte dieses Blatt; denn sie hatte einmal einen Groom bei der Lektüre desselben überrascht, und sie war vor sich selbst erröten, als sie hineingesehen hatte.

„Haben Sie wirklich auch dafür gearbeitet?“ fragte sie.

„Gewiss. Und ich habe dort — für die größeren Seelenqualen, die ich ausstehen muhte — zwei Mark für die Zeichnung bekommen. Das ergab ungefähr einen Monatsverdienst von fünfzig Mark. Und wissen Sie, dass das „Kleine Blatt“ jährlich ungefähr zweimalhunderttausend Mark Gewinn hat? — Nein — da ist die „Lustige“

Zunahme der deutschen Kohlenförderung im vergangenen Jahr.

Deutschland, ehemals eines der am Kohleabbau reichen Länder, ist in seiner Kohlenwirtschaft heute sehr geschränkt. Durch den legendären Friedensvertrag haben wir reiche Kohlegebiete verloren, und zwar das Saarland an Frankreich und die wichtigsten oberösterreichischen Bergbaubetriebe an Polen. Da die Kohle neben dem Eisen die Grundlage unserer ganzen Gütererzeugung bildet, hat der uns noch verbliebene Kohlebedarf jetzt eine größere Bedeutung als es vor dem Kriege der Fall war.

Eine der unerfreulichsten Nachkriegsscheinungen bildet die Tatsache, daß die Kohlenförderung in den uns noch verbliebenen Gebieten bis zum Jahre 1924 beträchtlich gesunken ist. Einen Überblick über die Entwicklung der Kohlenförderung (Steinkohle und Braunkohle auf Steinkohleneinheiten umgerechnet) in den Jahren 1919 bis 1923 gewährt folgende Tabelle:

	1000 t.	% Prozent
1919	209 494	100
1920	128 554	61
1921	156 154	75
1922	163 543	78
1923	160 455	77
	88 502	47

Der allgemeine Rückgang der Produktivität ist in der Hauptsoziale auf folgende Momente zurückzuführen: die schlechte Ernährung und infolgedessen der schlechte Gesundheitszustand der Bergleute, die Kriegsverluste gerade der arbeitsfähigen Altersklassen, die mangelhafte Bildung und Erziehung des Nachwuchses und insbesondere auch die Verkürzung der Schichtdauer von $8\frac{1}{2}$ Stunden vor dem Kriege auf 7 Stunden. In dem erschreckenden Tieftand der Förderung im Jahre 1923 prägen sich in trauriger Deutlichkeit die schweren Verluste aus, die die deutsche Kohlenwirtschaft neben den Folgen der Abreitung Österreichs durch die Besetzung des Ruhrgebietes erlitten hat. Frankreich hat zwar das Ziel, mit seinem ins Ruhrgebiet einströmende, nicht erreicht. Die Koblenz- und Moselförderungen an Frankreich, Belgien und Luxemburg, die im Jahre 1922 noch 16,2 Millionen Tonnen vorgenommen haben, haben zur Zeit der Ruhrbefreiung nach französischen Angaben nicht mehr als 6,2 Millionen Tonnen erreicht. Trotzdem das Ruhrunternehmen also für Frankreich einen glatten Niederholz war, hat es Deutschland natürlich großen Schaden zugefügt, da der Ruhrbergbau zum Erliegen kam.

Seit dem Abbruch des Ruhrkrieges hat die Kohlenförderung Monat für Monat wieder bedeutsam zugenommen. Es besteht durchaus die Möglichkeit,

Die deutsche Steinkohlenförderung 1924.

Januar April Juli Oktober



ammen, als dieselbe ihre Anrede mit erhobener Stimme wiederholte.

„Ich bitte um Verzeihung — ja, ich werde hier mit Fräulein Buchner wohnen bleiben. Sie sind Frau Merten — Wo habe ich Sie schon gesehen? Ihr Gesicht kommt mir so sehr bekannt vor. Es ruft Erinnerungen aus meiner frühesten Kindheit in mir wach.“

„Ich glaube nicht, daß Sie mich schon gesehen haben, Fräulein,“ lautete die in mürrischer Art gegebene Erwiderung. „Ich habe den größten Teil meines Lebens in Hohenlinden verbracht. Wahrscheinlich haben Sie von dem Schloss schon gehört?“

28. Kapitel.

Für einen Augenblick fühlte sich Margarete versucht, ihre Identität bekanntzugeben. Das unerwartete Zusammentreffen mit einem Menschen, der auf Hohenlinden stolz war, stimmte sie weich. Aber dann verschloß ihr die Scham doch die Lippen. Was sollte diese Frau denken, wenn sie die Gräfin von Hohenlinden in solchen Verhältnissen sah?

Und zudem — etwas in dem Gesicht dieser Frau erinnerte sie an einen anderen Menschen, dem sie augenscheinlich keinen Namen zu geben wußte, der ihr aber sicherlich nicht sympathisch war. So begnügte sie sich damit, in freundlichem Ton zu erwiedern:

„Ja — ich habe davon gehört. Aber ich kenne vermutlich, als ich Sie zu kennen glaubte. — Sie müssen sich doch sehr schwer in das Berliner Leben finden, wenn Sie so lange auf dem Lande gelebt haben.“

Die Frau murmelte eine unverständliche Erwiderung und erkundigte sich dann, was das Fräulein wünschte. Margarete trug ihr auf, den Tisch abzuräumen, und zog sich dann in das Schlafräum zurück.

Bergebogen suchte sie sich zu erinnern, wo und unter welchen Verhältnissen sie diese Frau Merten auf Hohenlinden kennen gelernt hatte. Ganz dunkle, schattenhafte Vorstellungen kamen ihr, wie wenn die Frau oft zu der Gräfin Reichenbach gekommen sei und aus irgendinem Grunde Unzufriedenheiten ihres geherrscht habe. Um Einzelheiten vermochte sie sich jedoch nicht zu erinnern.

Auch Herta konnte ihr nicht viel Aufklärung bringen, als sie zurückkam. Sie wußte selbst sehr wenig über die Frau; ausgenommen, daß sie eine Witwe war und einen erwachsenen Sohn hatte. Diesen Sohn selbst hatte sie noch niemals zu Gesicht bekommen, aber sie glaubte bemerkzt zu haben, daß er Frau Merten hier und da bediente und sie jedesmal in wenig freudiger Stimmung zurückkehrte. Er hatte ihr — nach ihren spärlichen Ausführungen über ihre familiären Verhältnisse zu schließen — überhaupt schon viel Sorge und Kummer bereitet.

Um nächsten Morgen hatten sie an wichtigere Dinge zu denken als an Frau Merten und ihre Verhältnisse.

„Jetzt müssen Sie mir sagen, was Sie können,“ sagte Herta, nachdem sie ihr beschiedenes Frühstück eingenommen hatten. „Ich denke, Sie sind mit einem bestimmten Plan hierhergekommen, wie Sie sich Ihren Lebensunterhalt erwerben wollen. Wenn Sie Geld haben —“

„Richtig weniger als das,“ erwiderte Margarete lächelnd. „Ich bezahle noch ungefähr vierhundert Mark — das heißt, ich vergaß, daß ich die Reisekosten noch davon abzugreifen habe. Außerdem habe ich einige dringend notwendige Anschaffungen zu machen. Zum Leben für die nächste Zeit werden mir kaum zweihundert Mark bleiben — und für den äußersten Notfall einige Schmucksachen, die verkaufen könnte. Ich bin ein solches Leben nicht

fertig, daß die Friedensförderung bald wieder erreicht wird. Voraussetzung dafür ist allerdings, daß der im Bergbau augenblicklich noch herrschende Wirtschaftskrisis nicht durch große Arbeitskämpfe gestoppt wird. Die erhöhte Produktion des Jahres 1924 ist fraglos eine unmittelbare Folge der zu Anfang des Jahres durchgesetzten Arbeitszeitverlängerung. Es fragt sich aber sehr, ob das legale Arbeitszeitabkommen, das von den Gewerkschaften bestimmt, sich auf die Dauer halten lassen wird. Mit der Wiedereinführung des Dreischichtensystems in den Hochöfen und Kokereien ist am 1. April erfolgt, ist der erste Schritt auf dem Wege zur Durchbrechung der feindseligen Abkommen über die verlängerte Arbeitszeit getan worden. An Arbeitnehmerkreisen wird die Furcht vor dem Auftreten einer Arbeitszeitverlängerung, das heißt, daß die Gewerkschaften über die verlängerte Arbeitszeit entgegenstehen. Es fragt sich aber sehr, ob das legale Arbeitszeitabkommen, das von den Gewerkschaften bestimmt, sich auf die Dauer halten lassen wird. Mit der Wiedereinführung des Dreischichtensystems in den Hochöfen und Kokereien ist am 1. April erfolgt, ist der erste Schritt auf dem Wege zur Durchbrechung der feindseligen Abkommen über die verlängerte Arbeitszeit getan worden. An Arbeitnehmerkreisen wird die Furcht vor dem Auftreten einer Arbeitszeitverlängerung, das heißt, daß die Gewerkschaften über die verlängerte Arbeitszeit entgegenstehen. Es fragt sich aber sehr, ob das legale Arbeitszeitabkommen, das von den Gewerkschaften bestimmt, sich auf die Dauer halten lassen wird. Mit der Wiedereinführung des Dreischichtensystems in den Hochöfen und Kokereien ist am 1. April erfolgt, ist der erste Schritt auf dem Wege zur Durchbrechung der feindseligen Abkommen über die verlängerte Arbeitszeit getan worden. An Arbeitnehmerkreisen wird die Furcht vor dem Auftreten einer Arbeitszeitverlängerung, das heißt, daß die Gewerkschaften über die verlängerte Arbeitszeit entgegenstehen. Es fragt sich aber sehr, ob das legale Arbeitszeitabkommen, das von den Gewerkschaften bestimmt, sich auf die Dauer halten lassen wird. Mit der Wiedereinführung des Dreischichtensystems in den Hochöfen und Kokereien ist am 1. April erfolgt, ist der erste Schritt auf dem Wege zur Durchbrechung der feindseligen Abkommen über die verlängerte Arbeitszeit getan worden. An Arbeitnehmerkreisen wird die Furcht vor dem Auftreten einer Arbeitszeitverlängerung, das heißt, daß die Gewerkschaften über die verlängerte Arbeitszeit entgegenstehen. Es fragt sich aber sehr, ob das legale Arbeitszeitabkommen, das von den Gewerkschaften bestimmt, sich auf die Dauer halten lassen wird. Mit der Wiedereinführung des Dreischichtensystems in den Hochöfen und Kokereien ist am 1. April erfolgt, ist der erste Schritt auf dem Wege zur Durchbrechung der feindseligen Abkommen über die verlängerte Arbeitszeit getan worden. An Arbeitnehmerkreisen wird die Furcht vor dem Auftreten einer Arbeitszeitverlängerung, das heißt, daß die Gewerkschaften über die verlängerte Arbeitszeit entgegenstehen. Es fragt sich aber sehr, ob das legale Arbeitszeitabkommen, das von den Gewerkschaften bestimmt, sich auf die Dauer halten lassen wird. Mit der Wiedereinführung des Dreischichtensystems in den Hochöfen und Kokereien ist am 1. April erfolgt, ist der erste Schritt auf dem Wege zur Durchbrechung der feindseligen Abkommen über die verlängerte Arbeitszeit getan worden. An Arbeitnehmerkreisen wird die Furcht vor dem Auftreten einer Arbeitszeitverlängerung, das heißt, daß die Gewerkschaften über die verlängerte Arbeitszeit entgegenstehen. Es fragt sich aber sehr, ob das legale Arbeitszeitabkommen, das von den Gewerkschaften bestimmt, sich auf die Dauer halten lassen wird. Mit der Wiedereinführung des Dreischichtensystems in den Hochöfen und Kokereien ist am 1. April erfolgt, ist der erste Schritt auf dem Wege zur Durchbrechung der feindseligen Abkommen über die verlängerte Arbeitszeit getan worden. An Arbeitnehmerkreisen wird die Furcht vor dem Auftreten einer Arbeitszeitverlängerung, das heißt, daß die Gewerkschaften über die verlängerte Arbeitszeit entgegenstehen. Es fragt sich aber sehr, ob das legale Arbeitszeitabkommen, das von den Gewerkschaften bestimmt, sich auf die Dauer halten lassen wird. Mit der Wiedereinführung des Dreischichtensystems in den Hochöfen und Kokereien ist am 1. April erfolgt, ist der erste Schritt auf dem Wege zur Durchbrechung der feindseligen Abkommen über die verlängerte Arbeitszeit getan worden. An Arbeitnehmerkreisen wird die Furcht vor dem Auftreten einer Arbeitszeitverlängerung, das heißt, daß die Gewerkschaften über die verlängerte Arbeitszeit entgegenstehen. Es fragt sich aber sehr, ob das legale Arbeitszeitabkommen, das von den Gewerkschaften bestimmt, sich auf die Dauer halten lassen wird. Mit der Wiedereinführung des Dreischichtensystems in den Hochöfen und Kokereien ist am 1. April erfolgt, ist der erste Schritt auf dem Wege zur Durchbrechung der feindseligen Abkommen über die verlängerte Arbeitszeit getan worden. An Arbeitnehmerkreisen wird die Furcht vor dem Auftreten einer Arbeitszeitverlängerung, das heißt, daß die Gewerkschaften über die verlängerte Arbeitszeit entgegenstehen. Es fragt sich aber sehr, ob das legale Arbeitszeitabkommen, das von den Gewerkschaften bestimmt, sich auf die Dauer halten lassen wird. Mit der Wiedereinführung des Dreischichtensystems in den Hochöfen und Kokereien ist am 1. April erfolgt, ist der erste Schritt auf dem Wege zur Durchbrechung der feindseligen Abkommen über die verlängerte Arbeitszeit getan worden. An Arbeitnehmerkreisen wird die Furcht vor dem Auftreten einer Arbeitszeitverlängerung, das heißt, daß die Gewerkschaften über die verlängerte Arbeitszeit entgegenstehen. Es fragt sich aber sehr, ob das legale Arbeitszeitabkommen, das von den Gewerkschaften bestimmt, sich auf die Dauer halten lassen wird. Mit der Wiedereinführung des Dreischichtensystems in den Hochöfen und Kokereien ist am 1. April erfolgt, ist der erste Schritt auf dem Wege zur Durchbrechung der feindseligen Abkommen über die verlängerte Arbeitszeit getan worden. An Arbeitnehmerkreisen wird die Furcht vor dem Auftreten einer Arbeitszeitverlängerung, das heißt, daß die Gewerkschaften über die verlängerte Arbeitszeit entgegenstehen. Es fragt sich aber sehr, ob das legale Arbeitszeitabkommen, das von den Gewerkschaften bestimmt, sich auf die Dauer halten lassen wird. Mit der Wiedereinführung des Dreischichtensystems in den Hochöfen und Kokereien ist am 1. April erfolgt, ist der erste Schritt auf dem Wege zur Durchbrechung der feindseligen Abkommen über die verlängerte Arbeitszeit getan worden. An Arbeitnehmerkreisen wird die Furcht vor dem Auftreten einer Arbeitszeitverlängerung, das heißt, daß die Gewerkschaften über die verlängerte Arbeitszeit entgegenstehen. Es fragt sich aber sehr, ob das legale Arbeitszeitabkommen, das von den Gewerkschaften bestimmt, sich auf die Dauer halten lassen wird. Mit der Wiedereinführung des Dreischichtensystems in den Hochöfen und Kokereien ist am 1. April erfolgt, ist der erste Schritt auf dem Wege zur Durchbrechung der feindseligen Abkommen über die verlängerte Arbeitszeit getan worden. An Arbeitnehmerkreisen wird die Furcht vor dem Auftreten einer Arbeitszeitverlängerung, das heißt, daß die Gewerkschaften über die verlängerte Arbeitszeit entgegenstehen. Es fragt sich aber sehr, ob das legale Arbeitszeitabkommen, das von den Gewerkschaften bestimmt, sich auf die Dauer halten lassen wird. Mit der Wiedereinführung des Dreischichtensystems in den Hochöfen und Kokereien ist am 1. April erfolgt, ist der erste Schritt auf dem Wege zur Durchbrechung der feindseligen Abkommen über die verlängerte Arbeitszeit getan worden. An Arbeitnehmerkreisen wird die Furcht vor dem Auftreten einer Arbeitszeitverlängerung, das heißt, daß die Gewerkschaften über die verlängerte Arbeitszeit entgegenstehen. Es fragt sich aber sehr, ob das legale Arbeitszeitabkommen, das von den Gewerkschaften bestimmt, sich auf die Dauer halten lassen wird. Mit der Wiedereinführung des Dreischichtensystems in den Hochöfen und Kokereien ist am 1. April erfolgt, ist der erste Schritt auf dem Wege zur Durchbrechung der feindseligen Abkommen über die verlängerte Arbeitszeit getan worden. An Arbeitnehmerkreisen wird die Furcht vor dem Auftreten einer Arbeitszeitverlängerung, das heißt, daß die Gewerkschaften über die verlängerte Arbeitszeit entgegenstehen. Es fragt sich aber sehr, ob das legale Arbeitszeitabkommen, das von den Gewerkschaften bestimmt, sich auf die Dauer halten lassen wird. Mit der Wiedereinführung des Dreischichtensystems in den Hochöfen und Kokereien ist am 1. April erfolgt, ist der erste Schritt auf dem Wege zur Durchbrechung der feindseligen Abkommen über die verlängerte Arbeitszeit getan worden. An Arbeitnehmerkreisen wird die Furcht vor dem Auftreten einer Arbeitszeitverlängerung, das heißt, daß die Gewerkschaften über die verlängerte Arbeitszeit entgegenstehen. Es fragt sich aber sehr, ob das legale Arbeitszeitabkommen, das von den Gewerkschaften bestimmt, sich auf die Dauer halten lassen wird. Mit der Wiedereinführung des Dreischichtensystems in den Hochöfen und Kokereien ist am 1. April erfolgt, ist der erste Schritt auf dem Wege zur Durchbrechung der feindseligen Abkommen über die verlängerte Arbeitszeit getan worden. An Arbeitnehmerkreisen wird die Furcht vor dem Auftreten einer Arbeitszeitverlängerung, das heißt, daß die Gewerkschaften über die verlängerte Arbeitszeit entgegenstehen. Es fragt sich aber sehr, ob das legale Arbeitszeitabkommen, das von den Gewerkschaften bestimmt, sich auf die Dauer halten lassen wird. Mit der Wiedereinführung des Dreischichtensystems in den Hochöfen und Kokereien ist am 1. April erfolgt, ist der erste Schritt auf dem Wege zur Durchbrechung der feindseligen Abkommen über die verlängerte Arbeitszeit getan worden. An Arbeitnehmerkreisen wird die Furcht vor dem Auftreten einer Arbeitszeitverlängerung, das heißt, daß die Gewerkschaften über die verlängerte Arbeitszeit entgegenstehen. Es fragt sich aber sehr, ob das legale Arbeitszeitabkommen, das von den Gewerkschaften bestimmt, sich auf die Dauer halten lassen wird. Mit der Wiedereinführung des Dreischichtensystems in den Hochöfen und Kokereien ist am 1. April erfolgt, ist der erste Schritt auf dem Wege zur Durchbrechung der feindseligen Abkommen über die verlängerte Arbeitszeit getan worden. An Arbeitnehmerkreisen wird die Furcht vor dem Auftreten einer Arbeitszeitverlängerung, das heißt, daß die Gewerkschaften über die verlängerte Arbeitszeit entgegenstehen. Es fragt sich aber sehr, ob das legale Arbeitszeitabkommen, das von den Gewerkschaften bestimmt, sich auf die Dauer halten lassen wird. Mit der Wiedereinführung des Dreischichtensystems in den Hochöfen und Kokereien ist am 1. April erfolgt, ist der erste Schritt auf dem Wege zur Durchbrechung der feindseligen Abkommen über die verlängerte Arbeitszeit getan worden. An Arbeitnehmerkreisen wird die Furcht vor dem Auftreten einer Arbeitszeitverlängerung, das heißt, daß die Gewerkschaften über die verlängerte Arbeitszeit entgegenstehen. Es fragt sich aber sehr, ob das legale Arbeitszeitabkommen, das von den Gewerkschaften bestimmt, sich auf die Dauer halten lassen wird. Mit der Wiedereinführung des Dreischichtensystems in den Hochöfen und Kokereien ist am 1. April erfolgt, ist der erste Schritt auf dem Wege zur Durchbrechung der feindseligen Abkommen über die verlängerte Arbeitszeit getan worden. An Arbeitnehmerkreisen wird die Furcht vor dem Auftreten einer Arbeitszeitverlängerung, das heißt, daß die Gewerkschaften über die verlängerte Arbeitszeit entgegenstehen. Es fragt sich aber sehr, ob das legale Arbeitszeitabkommen, das von den Gewerkschaften bestimmt, sich auf die Dauer halten lassen wird. Mit der Wiedereinführung des Dreischichtensystems in den Hochöfen und Kokereien ist am 1. April erfolgt, ist der erste Schritt auf dem Wege zur Durchbrechung der feindseligen Abkommen über die verlängerte Arbeitszeit getan worden. An Arbeitnehmerkreisen wird die Furcht vor dem Auftreten einer Arbeitszeitverlängerung, das heißt, daß die Gewerkschaften über die verlängerte Arbeitszeit entgegenstehen. Es fragt sich aber sehr, ob das legale Arbeitszeitabkommen, das von den Gewerkschaften bestimmt, sich auf die Dauer halten lassen wird. Mit der Wiedereinführung des Dreischichtensystems in den Hochöfen und Kokereien ist am 1. April erfolgt, ist der erste Schritt auf dem Wege zur Durchbrechung der feindseligen Abkommen über die verlängerte Arbeitszeit getan worden. An Arbeitnehmerkreisen wird die Furcht vor dem Auftreten einer Arbeitszeitverlängerung, das heißt, daß die Gewerkschaften über die verlängerte Arbeitszeit entgegenstehen. Es fragt sich aber sehr, ob das legale Arbeitszeitabkommen, das von den Gewerkschaften bestimmt, sich auf die Dauer halten lassen wird. Mit der Wiedereinführung des Dreischichtensystems in den Hochöfen und Kokereien ist am 1. April erfolgt, ist der erste Schritt auf dem Wege zur Durchbrechung der feindseligen Abkommen über die verlängerte Arbeitszeit getan worden. An Arbeitnehmerkreisen wird die Furcht vor dem Auftreten einer Arbeitszeitverlängerung, das heißt, daß die Gewerkschaften über die verlängerte Arbeitszeit entgegenstehen. Es fragt sich aber sehr, ob das legale Arbeitszeitabkommen, das von den Gewerkschaften bestimmt, sich auf die Dauer halten lassen wird. Mit der Wiedereinführung des Dreischichtensystems in den Hochöfen und Kokereien ist am 1. April erfolgt, ist der erste Schritt auf dem Wege zur Durchbrechung der feindseligen Abkommen über die verlängerte Arbeitszeit getan worden. An Arbeitnehmerkreisen wird die Furcht vor dem Auftreten einer Arbeitszeitverlängerung, das heißt, daß die Gewerkschaften über die verlängerte Arbeitszeit entgegenstehen. Es fragt sich aber sehr, ob das legale Arbeitszeitabkommen, das von den Gewerkschaften bestimmt, sich auf die Dauer halten lassen wird. Mit der Wiedereinführung des Dreischichtensystems in den Hochöfen und Kokereien ist am 1. April erfolgt, ist der erste Schritt auf dem Wege zur Durchbrechung der feindseligen Abkommen über die verlängerte Arbeitszeit getan worden. An Arbeitnehmerkreisen wird die Furcht vor dem Auftreten einer Arbeitszeitverlängerung, das heißt, daß die Gewerkschaften über die verlängerte Arbeitszeit entgegenstehen. Es fragt sich aber sehr, ob das legale Arbeitszeitabkommen, das von den Gewerkschaften bestimmt, sich auf die Dauer halten lassen wird. Mit der Wiedereinführung des Dreischichtensystems in den Hochöfen und Kokereien ist am 1. April erfolgt, ist der erste Schritt auf dem Wege zur Durchbrechung der feindseligen Abkommen über die verlängerte Arbeitszeit getan worden. An Arbeitnehmerkreisen wird die Furcht vor dem Auftreten einer Arbeitszeitverlängerung, das heißt, daß die Gewerkschaften über die verlängerte Arbeitszeit entgegenstehen. Es fragt sich aber sehr, ob das legale Arbeitszeitabkommen, das von den Gewerkschaften bestimmt, sich auf die Dauer halten lassen wird. Mit der Wiedereinführung des Dreischichtensystems in den Hochöfen und Kokereien ist am 1. April erfolgt, ist der erste Schritt auf dem Wege zur Durchbrechung der feindseligen Abkommen über die verlängerte Arbeitszeit getan worden. An Arbeitnehmerkreisen wird die Furcht vor dem Auftreten einer Arbeitszeitverlängerung, das heißt, daß die Gewerkschaften über die verlängerte Arbeitszeit entgegenstehen. Es fragt sich aber sehr, ob das legale Arbeitszeitabkommen, das von den Gewerkschaften bestimmt, sich auf die Dauer halten lassen wird. Mit der Wiedereinführung des Dreischichtensystems in den Hochöfen und Kokereien ist am 1. April erfolgt, ist der erste Schritt auf dem Wege zur Durchbrechung der feindseligen Abkommen über die verlängerte Arbeitszeit getan worden. An Arbeitnehmerkreisen wird die Furcht vor dem Auftreten einer Arbeitszeitverlängerung, das heißt, daß die Gewerkschaften über die verlängerte Arbeitszeit entgegenstehen. Es fragt sich aber sehr, ob das legale Arbeitszeitabkommen, das von den Gewerkschaften bestimmt, sich auf die Dauer halten lassen wird. Mit der Wiedereinführung des Dreischichtensystems in den Hochöfen und Kokereien ist am 1. April erfolgt, ist der erste Schritt auf dem Wege zur Durchbrechung der feindseligen Abkommen über die verlängerte Arbeitszeit getan worden. An Arbeitnehmerkreisen wird die Furcht vor dem Auftreten einer Arbeitszeitverlängerung, das heißt, daß die Gewerkschaften über die verlängerte Arbeitszeit entgegenstehen. Es fragt sich aber sehr, ob das legale Arbeitszeitabkommen, das von den Gewerkschaften bestimmt, sich auf die Dauer halten lassen wird. Mit der Wiedereinführung des Dreischichtensystems in den Hochöfen und Kokereien ist am 1. April erfolgt, ist der erste Schritt auf dem Wege zur Durchbrechung der feindseligen Abkommen über die verlängerte Arbeitszeit getan worden. An Arbeitnehmerkreisen wird die Furcht vor dem Auftreten einer Arbeitszeitverlängerung, das heißt, daß die Gewerkschaften über die verlängerte Arbeitszeit entgegenstehen. Es fragt sich aber sehr, ob das legale Arbeitszeitabkommen, das von den Gewerkschaften bestimmt, sich auf die Dauer halten lassen wird. Mit der Wiedereinführung des Dreischichtensystems in den Hochöfen und Kokereien ist am 1. April erfolgt, ist der erste Schritt auf dem Wege zur Durchbrechung der feindseligen Abkommen über die verlängerte Arbeitszeit getan worden. An Arbeitnehmerkreisen wird die Furcht vor dem Auftreten einer Arbeitszeitverlängerung, das heißt,